Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 154. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 1. April 1863.

Telegraphische Depeschen.

London, 31. März. Der westindische Postdampfer Tasmanian ist in Southampton eingetroffen mit Nachrichten aus Veracruz vom 3ten d. Unter den Passagieren befindet sich der Legationsrath von Wagner, preußischer Ministerresident bei der mexikanischen Regierung. Auf dem Wege von Mexiko nach Veracruz waren Herr von Wagner und seine Reisegesellschafter, Kapitalisten aus Mexiko, in der Nähe von Soledad von Guerillas angegriffen worden; die französische Escorte hatte aber den Angriff abgeschlagen. Der General Forey ist wirklich von Orizaba aufgebrochen.

Paris, 31. März. Erneuet tauchte heute das Gerücht auf, der Finanzminister Fould habe, aus Anlaß von Zwistigkeiten mit den Ministern ohne Portefeuilles, seine Entlassung gegeben. In sonst wohlunterrichteten Kreisen glaubt man jedoch versichern zu können, daß Fould im Ministerium verbleiben werde.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

29. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (31. März.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertische die Herren: v. Bismarck, v. Roon, v. Bodelschwingh, Graf zur Lippe, Graf Itzenplitz, einige Regier.-Commissarien. Es sind wiederum eine Anzahl zustimmender telegraphischer Depeschen und Resolutionen eingegangen. Dieselben sind aus hann. Minden (von einer Versammlung von Mitgliedern des National-Vereins), aus Hannover (von der zur Feier der deutschen Reichsverfassung versammelten Festgenossenschaft, unterzeichnet von Bennigsen), aus Plauen, Wetzlar, Geestemünde, Bremerhafen, Greiz, Dortmund, Elberfeld, Hagen, Kempten, Aachen (sämmtlich aus Anlaß der Feier der Reichsverfassung). Der Präsident giebt bei dieser Gelegenheit Mittheilung von dem Stande der Adressen überhaupt. Bis zur 5. Plenarsitzung am 29. Januar waren 246 Adressen mit 337,430 Unterschriften eingegangen. Seitdem sind 52 Adressen mit 20,231 dazu gekommen, so daß jetzt im Ganzen 301 Adressen mit 358,261 Unterschriften vorhanden sind. Von diesen sind aus dem Auslande 9 mit 152 Unterschriften, aus Deutschland 41 mit 1592 Unterschriften, aus Preußen 251 mit 356,517 Unterschriften. — Ihre Unterschrift zurückgenommen haben 13 Personen.

Mehrere Urlaubsgesuche werden genehmigt. Vor der Tagesordnung erhält das Wort der Finanzminister v. Bodelschwingh: Durch allerhöchste Ermächtigung vom 29. d. M. bin ich beauftragt, dem h. Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung der Staatseinnahme und Ausgabe für das Jahr 1862, nebst den dazu gehörigen Anlagen zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen. Der Gesetzentwurf besagt: Die dem Gesetz als Anlage beigefügte Uebersicht der Staats-Einnahmen und Ausgaben, in Einnahme mit: 149,030,214 Thlr. 27 Sgr., in Ausgabe mit 144,284,392 Thlr. 16 Sgr. 4 Pf. und zwar in fortdauernden Ausgaben mit 134,726,246 Thlr. 17 Sgr., in einmaligen außerordentlichen Ausgaben mit 9,748,045 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf. wird als Grundlage für die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1862 hiermit festgestellt. Es ist hierdurch das geschehen, was die Regierung schon bei der Eröffnung ihrer Sitzungen in Aussicht stellte und später bei geeigneter Gelegenheit in diesem Hause näher erläutert hat, das geschehen, was die Regierung ihrerseits für das Richtige erachtet, um den Zustand, der durch die Nichtfeststellung des Etats pro 1862 herbeigeführt ist, in einer sachlichen Weise zu regen und zu lösen.

Die Regierung glaubt, daß dieser Weg der richtige Weg sein werde, und daß beide Häuser bei näherer Prüfung damit einverstanden sein werden. — Mit Rücksicht auf die Ferien, welche Sie von heute ab eintreten lassen wollen, erlaube ich mir, einige der Hauptzahlen mitzutheilen. Durch die Resultate für die Verwaltung von 1863 wird die Erklärung der Regierung vollständig bestätigt, welche sie im vorigen Sommer bei Berathung des Militäretats abgegeben hat, die Erklärung, daß die zu erwartenden wirklichen Einnahmen hinreichen würden, die sämmtlichen Ausgaben des Etats zu decken, daß mithin das im Etat für 1862 nachgewiesene Deficit von 3,385,000 Thaler nur ein scheinbares sei und wesentlich in der vorsichtigen Veranschlagung der Einnahmen seinen Grund habe. Es haben sich gegen den Etatsentwurf die Mehreinnahmen auf 9,579,160 Thlr., die Mehrausgaben dagegen nur auf 1,461,988 Thlr. herausgestellt. Die Mehreinnahme übersteigt also die Mehrausgabe um 8,117,172 Thlr. Von dieser Summe abgerechnet die noch rückständig gebliebenen, dem Jahre 1863 zu Gute kommenden Einnahmen von 1,634,268 Thlr. und die im Etat pro 1862 als Deficit aufgeführte Summe von 5,119,208 Thlr., so ergiebt sich bei der laufenden Verwaltung ein Ueberschuß von 3,097,964 Thlr. Außerdem sind bei der Restverwaltung für 1861 und zurück Ersparnisse eingetreten. Es betragen die wirklichen Einnahmen auf die Reste 920,317 Thlr., die Ersparnisse an den Ausgaben 1,251,520 Thlr., zusammen also 2,171,890 Thlr. Hierzu der Ueberschuß von 3,097,964 Thlr., so ergiebt sich als Gesammtüberschuß des Jahres 1862 die Summe von 5,269,854 Thlr., während der Etat mit einem Deficit abschloß. Als besonders erfreulich glaube ich hervorheben zu dürfen, daß der Ueberschuß der laufenden Verwaltung hauptsächlich von einer ansehnlichen Steigerung der Staats-Einnahmen aus den Domainen und Forsten, den indirecten Steuern und den gewerblichen Positionen herrührt.

Es betragen die Mehr-Ueberschüsse aus den Domainen und Forsten 1,996,000 Thlr., aus den indirecten Steuern 1,581,000 Thlr., aus den Bergwerken 847,000 Thlr., aus der Post 563,000 Thlr., aus der Telegraphie 57,000 Thlr., aus den Eisenbahnen 1,636,000 Thlr. ꝛc., zusammen 6,680,000 Thaler. Außerdem erlaube ich mir noch zu erwähnen, daß die indirecten Steuern 414,000 Thlr., die Justizverwaltung 645,000 Thlr. ꝛc. Mehr-Einnahmen ergeben haben. Unerwähnt will ich nicht lassen, daß wegen der nicht erfolgten Feststellung des Etats verschiedene Ausgaben, welche am Jahresschluß disponibel geblieben sind, abgesetzt werden müssen. Diese Absetzung wird sich auf etwa 2 Millionen belaufen. Nach Abzug dieser Summe wird immer noch ein Ueberschuß von ungefähr 3 Millionen Thlr. disponibel sein. Bei dieser Sachlage und in Betracht, daß an Einnahme-Rückständen noch eine erhebliche Summe vorhanden, ferner im Staatsschatze eine nicht unansehnliche Summe baar liegt, werden Sie sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die vielfach laut gewordene Besorgniß, es könnten durch die Bewilligung, welche die Staatsregierung begehrt hat, die Finanzen des Staates zerrüttet werden, nicht begründet ist. Die Staatsregierung glaubt deshalb die Erwartung hegen zu dürfen, daß die nothwendigen Ausgaben des Jahres 1862 die nachträgliche Genehmigung des Landes finden werden, und bittet Sie, durch Annahme des Gesetzentwurfes diesem Vertrauen entsprechen zu wollen.

Der Gesetzentwurf wird der Budget-Commission überwiesen.

Ministerpräsident v. Bismarck: Auf Grund einer allerhöchsten Ermächtigung vom gestrigen Tage habe ich die Ehre, in Gemeinschaft mit den Herren Ministern der Finanzen und des Handels dem Hause diejenigen Vereinbarungen vorzulegen, welche am 28. d. M. mit der königl. belgischen Regierung abgeschlossen sind. Dieselben bestehen in einem Schifffahrtsvertrage, in einem Literarvertrage und in einem Protokolle, in welchem Preußen prinzipiell sich bereit erklärt zur Ablösung des Scheldezolles mit einem bestimmten näher bezeichneten Maximalbetrage mitzuwirken, wogegen die belgische Regierung die Verpflichtung übernommen, schon jetzt in nächster Frist dem Handel Preußens diejenigen Vortheile zu gewähren, welche es Großbritannien gewährt. Sie werden aus den Motiven ersehen, daß diese Vereinbarung einen neuen Fortschritt auf der Bahn der handelspolitischen Reformen bildet, welche in dem Vertrage mit Frankreich beschritten ist; die Vorlage gehört zu dem System, welches in den letzten Jahren im Verein mit Frankreich und England begründet ist. Da die früheren Verträge die Zustimmung des Hauses erhalten haben, so giebt sich die Regierung der Hoffnung hin, daß auch diese neue Vorlage angenommen werden wird.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird diese Vorlage den vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle zugewiesen.

Das Haus tritt nun in die Tagesordnung. Deren erster Gegenstand ist der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung und Erläuterung der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Der Entwurf ist eine Folge der zwischen den deutschen Bundesregierungen gepflogenen Berathungen und bezweckt die folgenden Modifikationen der allgemeinen Wechsel-Ordnung: Dem Wechselgläubiger soll es gestattet sein, neben der Execution gegen die Person des Schuldners gleichzeitig auch die Execution in dessen Vermögen nachzusuchen. Dies war im Gebiet des allgemeinen Landrechts auch schon bisher Rechtens. Die sogenannten Ratenwechsel (Wechsel, in welchen für einzelne Theile der Gesammtwechselsumme verschiedene Verfalltage bestimmt sind) sollen fernerhin ungiltig sein.

Das in einem Wechsel enthaltene Zinsversprechen soll als nicht geschrieben gelten. Eine Uebereinkunft gegen die Berechtigung, den Wechsel dem Bezogenen sofort zur Annahme zu präsentiren und Mangels Annahme Protest zu erheben, soll ferner keine wechselrechtliche Wirkung haben. Wo in Wechseln die Zahlungszeit auf Anfang oder Ende des Monats festgesetzt ist, soll fortan darunter der erste oder letzte des Monats verstanden werden. Bei nicht domicilirten eigenen Wechseln soll es zur Erhaltung des Wechselrechts gegen die Aussteller weder der Präsentation am Zahlungstage, noch der Protesterhebung bedürfen. Unter Aufhebung der bisherigen Vorschriften über die Unzulässigkeit der Vollstreckung oder der Fortdauer des Wechselarrestes, falls der Schuldner bereits bestimmte Zeit sich im Personalarrest befunden hat, soll nach dem Entwurf ein Wechselschuldner, der fünf Jahre sich im Personal-Arrest befunden, wegen der vor Ablauf der fünf Jahre entstandenen Forderungen desjenigen Gläubigers, auf dessen Antrag der Personalarrest vollstreckt worden ist, nicht länger in Haft behalten werden. Eine Verlängerung der Haft über denselben Zeitraum soll nur, im Falle der Gläubiger Befriedigungsmittel des Gläubigers nachweist, zulässig sein. Auf Forderungen anderer Wechselgläubiger, oder auf Forderungen desselben Gläubigers, die erst nach Ablauf des fünfjährigen Arrestes entstanden sind, soll aber die Dauer des fünfjährigen Personalarrestes keinen Einfluß haben. Im Bezirk des Appellhofes zu Köln soll die Erlaubniß zur Verlängerung der fünfjährigen Haft unter Bescheinigung der Befriedigungsmittel des Schuldners bei dem Präsidenten des Landgerichts, und nicht — wie es sonst dort Rechtens sein würde — bei den Gerichtsvollziehern nachgesucht werden.

Die bisher im Bezirk des Appellhofes zu Köln bestandene Befugniß des Wechselschuldners gegen Zahlung des dritten Theils der Schuld und Bürgschaftsstellung für den Rest, seine Entlassung aus der Schuldhaft zu verlangen, soll in Zukunft wegfallen.

Die Commission hat die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs einstimmig empfohlen. Nur soll in der Publikationsformel erwähnt werden, daß das berathene Gesetz in der preußischen Monarchie mit Ausschluß des Jahdegebietes eingeführt wird.

Nachdem der Referent, Abgeordn. Rohden, den Gesetzentwurf kurz empfohlen und der Justizminister die in der Commission hervorgetretene vollständige und erfreuliche Uebereinstimmung mit dem Regierungs-Entwurf constatirt, auch der Bedeutung des Entwurfs für die anzustrebende deutsche Rechtseinheit berührt hat, wird der Gesetzentwurf nach den Anträgen der Commission einstimmig angenommen, die von der Commission vorgeschlagene Aenderung der Publikationsformel, welche von dem Justizminister als überflüssig erklärt wird, mit bedeutender Majorität.

Im Anschluß an die Regier.-Vorlage hat das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft in Königsberg geltend gemacht, daß die Regreßansprüche des Inhabers eines in Europa zahlbaren Wechsels gegen den Aussteller und die übrigen Vormänner schon in drei Monaten verjähren, und diese Verjährung nur durch die Behändigung der Klage unterbrochen werde. Diese Verjährungsfrist sei bei dem Wechselverkehr mit Rußland und Polen erfahrungsmäßig eine zu kurze, und deshalb befürworten die Petenten eine Modification der Wechsel-Ordnung dahin, daß nicht erst durch Behändigung, sondern schon durch Einreichung der Wechselklage die Verjährung unterbrochen werde. Die Commission hat unter Anerkennung der für Preußen durch die betr. Verjährungsfrist hervorgerufenen Uebelstände, die vorgeschlagenen Modificationen doch nicht befürwortet, vielmehr den Uebergang zur Tages-Ordnung empfohlen. — Abg. Kosch beantragt und empfiehlt ausführlich die Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung. — Abg. Waldeck spricht gegen, Abg. Twesten für den Commissions-Antrag. — Der Justizminister erkennt die in der Petition angeregten Uebelstände an und verspricht, daß die Regierung auf Abhilfe derselben bedacht sein werde. In Folge dessen glaubt der Ref. Abg. Rohden Namens der Commission die Ueberweisung der Petition an die Regierung befürworten zu können. Der Antrag des Abg. Kosch wird vom Hause darauf auch einstimmig angenommen.

Man geht hierauf in der Tagesordnung weiter zur Berathung der die russisch-preußische Convention betr. Petition, deren Discussion in der letzten Sitzung in Rücksicht auf die Abwesenheit der Minister vertagt worden war.

Ref. Abg. Aßmann theilt zunächst mit, daß noch eine Petition gleichen Inhalts eingegangen sei, und ebenso ein Schriftstück aus Marienburg, welches eine Zustimmungsresolution zur Haltung des Hauses in der polnischen Frage enthält. Abg. Dr. Libelt für den Commissions-Antrag: (auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Die Petitionen bezwecken die Beseitigung der Convention mit Rußland. Bereits in der früheren Verhandlung sei auf die Wichtigkeit der preuß. Politik in dieser Frage hingewiesen. Die Commission sei von der Ansicht ausgegangen, daß die Convention existirt habe, aber in einigen Punkten rückgängig gemacht worden sei. Diese Angelegenheit habe weder durch die Resolution des Hauses, noch durch die Erklärungen des Ministers ihre Erledigung gefunden, wenn auch jene Resolution — gegen die damaligen Erklärungen des Ministerpräsidenten nicht — ohne Effect gewesen sei. — Noch immer wisse man von dem Tenor der eigentlichen Convention nichts. Darauf komme es aber nicht sowohl an, als darauf: zu wissen, welchen Weg die Regierung in der polnischen Politik eingeschlagen habe. Er glaube, es sei ihre Absicht, den polnischen Aufstand sobald als möglich niedergeworfen zu sehen, nur die Interessen Rußlands zu wahren und unter keinen Umständen ein selbstständiges Polen aufkommen zu lassen. Das sei auch wohl der Sinn und Zweck der Convention. Die Folge derselben, die Zusammenziehung militärischer Kräfte an der Grenze bestehe noch fort. Die Regierung sei noch jetzt bemüht, die Convention möglichst zur Ausführung zu bringen. — Grenzenüberschreitungen russischer Truppen seien nur in geringer Zahl vorgekommen, aber nur, weil der Aufstand nicht die gefürchteten oder gehofften Dimensionen angenommen, nicht weil die Regierung sie nicht gewollt habe. Wie wenig die russischen Truppen Preußen zu respectiren geneigt gewesen wären, gehe aus den bekannten neueren Vorfällen an der österreichischen Grenze hervor. — Ueber die Art der beabsichtigt gewesenen Cooperation zwischen Preußen und Rußland gebe die neuliche Erklärung des Ministers des Innern (wegen der Paßcontrole) Auskunft. — Die Anhäufung von Truppen habe nicht blos den Zweck gehabt, die Insurrection von den preuß. Grenzen zurückzuhalten, sondern eine wirkliche gemeinsame Action bezweckt. — Haussuchungen seien bei Tag und Nacht veranlaßt worden. (Redner citirt mehrere in den Details nicht verständliche Fälle.)

Personen, die vom Auslande kommend, nach Posen gehen wollten, werden auf das Strengste controlirt, Wochen lang zurückgehalten u. s. w. Dem gegenüber sei die maßvolle Haltung Oesterreichs im höchsten Grade anzuerkennen. — Die preußischen Grenz- und Militärbehörden hätten die Russen geradezu unterstützt, durch Raketen den Uebergang von Zuzüglern über die Grenze angezeigt u. s. w. Die Convention sei auch wohl in andern Punkten in Kraft getreten resp. noch in Kraft; noch jetzt verweile ein russischer Offizier in Posen, ein preußischer Offizier in Warschau. Die Thatsache, welche neulich bereits im Hause erwähnt, daß bei Dobrzcyn eine Grenzüberschreitung durch preußisches Militär stattgefunden, sei nicht widerlegt u. s. w. (Redner führt eine fernere Anzahl der bekannten, durch die Zeitungen mitgetheilten Fälle zur Begründung seiner Aufstellung an.) Nichts destoweniger sei eine dringende Veranlassung zur Ueberweisung der Petition an die Reg. um so weniger vorhanden, als eine andere, als die bisher erreichte Wirkung davon nicht zu erwarten. Er werde mit seinen Freunden für die Tagesordnung, event. aber auch für eine noch etwa vorzuschlagende Resolution stimmen.

Abg. v. Rönne (Solingen): Er glaube doch nicht, daß man über die Petitionen so ohne Weiteres zur T. O. übergehen könne. Die Petenten bäten das Haus, geeignete Beschlüsse zu fassen. Die Comm. glaube, daß die Petitionen durch die früher gefaßten Beschlüsse erledigt seien. Er glaube, es könne noch ein neuer weitergehender Beschluß gefaßt werden, um die Reg. von ihrer Politik abzubringen. Daß der frühere Beschluß die Politik der Reg. völlig verurtheilt und daß er den Beifall des ganzen Landes erworben habe, stehe fest. Ebenso, daß das Haus den Dank des Landes wirklich verdiene. Denn wo würden wir ohne jenen Beschluß sein.

Nun existire aber die Cartellconvention vom 8. August 1857. Nach dieser habe die preußische Regierung die Verpflichtung, nicht nur Deserteure, sondern jeden russischen Unterthan, der irgend ein kleines Vergehen begangen, auf Requisition der russischen Behörden auszuliefern. Dadurch sei sehr leicht jeder Vorwand gegeben, das Prinzip der Nichtintervention zu verletzen, ja die Cartellconvention mache es der Regierung selbst bei gutem Willen von ihrer Seite schwer, sich völlig neutral zu verhalten. Dieser Politik der Regierung müsse der Boden entzogen werden. Das könne nur geschehen, wenn die mit Rußland abgeschlossene Cartellconvention für den Staat unverbindlich erklärt werde. Sie sei für den Staat unverbindlich. Das habe er (der Redner) bereits bei früheren Gelegenheiten zweimal erklärt. Nach Art. 48 der Verf. bedürfen alle Verträge mit fremden Regierungen, wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, der Zustimmung der beiden Häuser des Landtags. Die Cartellconvention habe diese Zustimmung nicht erhalten, sie habe also keine Giltigkeit. Nun habe zwar der Abg. Simson am 28. Febr. gesagt, die Cartellconvention stehe schon seit sechs Jahren in der Gesetzsammlung. Es gebe aber keine Bestimmung der Verfassung, nach welcher durch irgend eine Verjährung eine Verletzung der Verfassung geheilt werde. Dann würde ja auch die als verfassungswidrig anerkannte Organisation des Heeres durch Verjährung verfassungsmäßig werden können. Der Abg. Simson habe ferner gesagt, es sei mit der Stellung eines civilisirten Staates, mit der Stellung Preußens unvereinbar, abgeschlossene Verträge nicht zu halten. Auch er (der Redner) wolle, daß Verträge gehalten würden. Aber die Verträge müßten dann auch rechtsverbindlich sein. Das sei eben die Cartellconvention nicht. Es liege den Deductionen des Abg. Simson überhaupt eine Verwechselung zu Grunde. Das Völkerrecht bestimme allerdings, daß die Landesvertretung in gewissen Fällen eine moralische Verpflichtung habe, von der Regierung geschlossene Verträge zu sanktioniren. Diese Verpflichtung liege aber hier nicht vor. Wenn ein Staat mit dem andern Verträge abschließen wolle, habe er die Verpflichtung, sich nach den Faktoren zu erkundigen, die für die Giltigkeit dieser Verträge nothwendig wären.

Präsident Grabow: Er müsse den Redner darauf aufmerksam machen, daß die Petitionen, welche Gegenstand der Debatte seien, von der mit Rußland abgeschlossenen Cartell-Convention gar nicht sprächen, und daß er den Redner bitten müsse, sich an die Sache zu halten.

Abg. v. Rönne (Solingen): Die Petenten bäten, geeignete Beschlüsse zu fassen. Einen solchen geeigneten Beschluß wolle er vorschlagen; er glaube, daß er dabei bei der Sache sei. Er behaupte also, daß die Volksvertretung nicht die moralische Verpflichtung habe, die ungiltige Cartell-Convention nachträglich zu sanctioniren. Redner führt hierauf Beispiele an, nach denen mit Amerika abgeschlossene Verträge ungiltig waren, weil sie der Senat nicht bewilligt hatte. Er stelle also den Antrag, die Cartell-Convention für unverbindlich zu erklären, und bäte, denselben einer besonderen Commission zu überweisen.

Abg. Dr. Virchow: Der Antr. des Abg. v. Rönne hat allerdings Bezug auf die vorliegenden Petitionen insofern, als die Cartell-Convention von 1857 in der That die Basis der Convention vom 8. Februar ist. Es ist nicht uninteressant, diese Cartell-Convention in ihren verschiedenen Stadien zu verfolgen. Zuerst im Jahre 1817 geschlossen, ist dieselbe von 12 zu 12 Jahren erneuert worden. Seit 1830 treten zwei neue Kategorien hinzu: erstens alle diejenigen, welche nach den Gesetzen des Staates, den sie verlassen haben, wenn auch erst für die Folge, zum Militärdienst verpflichtet sind, und zweitens treten zu den Verbrechen noch die Vergehen hinzu. Außerdem wurden die Bürgschaften über die Requisite zur Auslieferung immer mehr verschlechtert.

Als die Majorität dieses Hauses in der vorigen Sitzung beschloß, die Minister zu der heutigen Verhandlung einzuladen — ich selbst habe dieser Majorität nicht angehört — da habe ich geglaubt, die Regierung würde diese Gelegenheit benutzen, um uns Auskunft zu geben über den gegenwärtigen Stand der Dinge. Wir haben verschiedene Mittheilungen erhalten auf dem Umwege durch das englische Parlament und durch die Verhandlungen im französischen Senat. Die Angaben des Herrn Ministerpräsidenten haben diesen anscheinend zuverlässigen Nachrichten nicht entsprochen. Das hat bekanntlich zu recht unangenehmen Discussionen in auswärtigen Blättern geführt, — so liegt mir z. B. ein französ. Blatt vom 3. März d. J. vor, das den Herrn Ministerpräsidenten aus dieser Veranlassung mit einer Reihe von Adjectiven belegt, die sich hier nicht wiederholen lassen. (Heiterkeit.) Abgesehen von diesen publizistischen Aeußerungen, sprechen sich auch die französischen Noten nicht besonders schmeichelhaft darüber aus. Dieselben unterstützen in keiner Weise die scheinbar offiziösen Angriffe gegen dieses Haus und seinen Patriotismus, die im Lande verbreitet werden. Noch gestern ist mir durch den Abg. für Posen ein Amtsblatt aus der Provinz Posen vorgelegt worden, worin der Herr Minister des Innern den curiosen Einfall, den bekannten Artikel des Staats-Anzeigers ins Polnische übersetzen zu lassen, ausgeführt hat (Große Heiterkeit), um dieses Haus auch noch der Sympathien zu berauben, deren es sich etwa bei diesem Theile der Bevölkerung erfreut (Heiterkeit), und es dem gerechten Zorne desselben zu überliefern. Dem gegenüber ist es nicht ohne Bedeutung, daß wir von England und Frankreich erfahren, daß wir nicht Unrecht hatten, daß der englische Botschafter beauftragt war, dem preuß. Cabinet gegenüber in Betreff der Convention Vorstellungen zu machen, daß der französische angewiesen war, Stellung zu nehmen; daß die Gürteltheorie sich bestätigt in dem Sinne, daß es sich dabei nicht um einen bestimmten, begrenzten Gürtel, sondern sogar um einen unbestimmten unbegrenzten Gürtel handelte: die Russen sollten ermächtigt sein, die Insurgenten so weit auf preuß. Gebiet zu verfolgen, bis sie auf eine preuß. Heeresmacht stoßen würden.

Für viele von uns ist es eine schmerzliche Empfindung gewesen, daß solche Mittheilungen uns von außen zugehen mußten, während unsere eigene Regierung die Mittheilung über so wichtige Dinge versagte. Auch hat es uns keine große Befriedigung gewährt, daß der französische Minister Billault uns in seiner bekannten Rede bezeugen mußte, daß die Haltung des Hauses von Wichtigkeit gewesen. Aber wenn selbst auswärtige Minister bezeugen, daß die Haltung des Hauses den Interessen einer gesunden Politik entspreche, dann dürfe dieses Haus wohl den Anspruch erheben, von der königlichen Staatsregierung andere Mittheilungen zu erhalten, als bisher geschehen, und diejenigen Ansprüche auf staatsmännisches Verständniß erheben können, die dem Herrn Minister, als er sich ein englisches Unterhaus wünschte, so dringend zu vermissen schien. Und jene Mittheilungen sind wir um somehr zu erwarten berechtigt, als wir gegenwärtig jeden Tag durch die beunruhigendsten Berichte aufgeschreckt werden. — Wir haben darauf hingewiesen, daß die Regierung die polnische Frage zu einer europäischen gemacht hat. Das bestätigt die Depesche des französischen Ministers (Redner verliest die betreffende Stelle der Depesche, welche mit dem Satze schließt: Preußen habe durch die Convention nicht nur die Mitverantwortlichkeit auf sich genommen, sondern auch die Idee der Solidarität der Bevölkerung des alten Polens wieder erweckt). Nun, meine Herren! in diesem Augenblicke ist der Vorhang nicht gelüftet, der vor den Verhandlungen der Cabinette schwebt. Wenn wir auch die Lüftung dieses Schleiers nicht verlangen, so dürfen wir doch — da wir ja wissen, daß solche Verhandlungen schweben — mindestens wohl verlangen, daß uns irgend welche Mittheilungen über die Sachlage gemacht werden. Wir wollen nicht in schwebende Verhandlungen eingreifen, aber wir wollen doch für das Land die beruhigende Versicherung, daß die Möglichkeit der Verwickelungen auf diesem Gebiet möglichst vermindert sei. — Mit Recht hat der Abg. Libelt die Haltung der österr. Regierung anerkannt. Ich glaube, auch die königl. Staatsrgierung hat Grund, das rücksichtsvolle Auftreten der österreichischen Regierung in dieser Frage anzuerkennen. Ich wünschte, daß dies weniger der Fall wäre; ich fürchte, daß das Programm, mit dem der Herr Ministerpräsident die Geschäfte antrat — die preußische Politik unabhängig zu machen von Oesterreich — nicht erfüllt ist; ich fürchte, daß, je größer der Einfluß Oesterreichs, desto näher die Zeit kommen könnte, wo wir auch werden fürchten müssen, daß auf das zweite Warschau, auch das zweite Olmütz folgen werde! (Beifall!)

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich bin durch die Worte des Vorredners zunächst veranlaßt, das Wort zu ergreifen, um mit Bestimmtheit die

Zweifel zurückzuweisen, welcher der Vorredner mit mehr Entschiedenheit als Grund gegen die Richtigkeit dessen auszusprechen, was die Regierung hier früher erklärt hat. Der Vorredner beruft sich dabei wesentlich auf Aeußerungen in fremden parlamentarischen Körperschaften, auf Erklärungen fremder Regierungen und auf Zeitungsnachrichten. Ich wiederhole auf das Positivste, daß alle diejenigen Erklärungen, mögen sie kommen woher sie wollen, welche mit den meinigen in Widerspruch stehen, auf Irrthum beruhen. — Der Vorredner hat den Beweis zu liefern geglaubt, indem er sich auf amtliche Depeschen bezog. Wenn es ihm gefällt, fremden Regierungen mehr Glauben zu schenken, als der eigenen, auch in solchen Fragen, wo die fremden Regierungen erklären, daß sie mit der Sache nicht genau bekannt sind, so muß ich ihm das überlassen. Ich darf aber voraussetzen, daß der Vorredner, wenn er einen so schweren Vorwurf mir ins Gesicht schleudert, die Actenstücke sehr genau gelesen hat und dennoch hat er unrichtige Thatsachen, ich wiederhole es, mit mehr Dreistigkeit als Grund angeführt. Der Vorredner hat erklärt, daß er und seine Partei der französischen Zeugnisse nicht bedürfe, — er hätte sich auch noch auf die wärmere Sympathie anderer Redner im französischen Senat beziehen können, denen er vielleicht in seiner politischen Anschauung näher steht — aber in demselben Augenblicke, wo der Vorredner das Bedürfniß ausländischer Zeugnisse ablehnt, hält er eine Rede, welche sich von Anfang bis zu Ende auf diese Zeugnisse begründet.

Der Redner scheint daraus, daß die französische Depesche vom 17. Febr. datirt ist, den Schluß zu ziehen, daß ich am 18. Febr. nicht sagen konnte, es wäre mir keine Vorhaltung gemacht. Wenn der Vorredner mit dem Geschäftsgange etwas vertrauter wäre, so würde er sich haben sagen können, daß eine Depesche vom 17. Febr. erst höchstens am 19. Febr. hier eintreffen konnte, und er muß mir schon glauben, wenn ich wiederhole, daß der Regierung auch später amtliche Mittheilungen nicht gemacht seien. Auf eine andere Ausführung des Vorredners muß ich noch erwidern: derselbe hat gesagt, daß in der Depesche vom 17. Febr. die Ansicht ausgesprochen sei, es hätte die preuß. Regierung durch ihre Convention die polnische Frage gewissermaßen wieder belebt. Man muß die Geschichte seit 30 Jahren nicht mit Aufmerksamkeit gelesen haben, wenn man die Existenz einer poln. Frage vom Februar d. J. herdatiren will. Die polnische Frage gehört der Geschichte an. Was die von dem Vorredner angezogenen Stellen der französischen Depesche betrifft, so bemerke ich, daß dieselbe hinzufügt, es hätten sich bis zum Abschluß der Convention keine polnischen Notabilitäten an dem Aufstande betheiligt; am 25. Januar wurde aber schon Mieroslawski, „gewiß eine Notabilität", zur Dictatur berufen. Ich will nicht weiter in die Einzelnheiten der Rede eingehen, da ich aber einmal das Wort habe, über die Stellung der Regierung zu dem Antrage der Petenten im Allgemeinen einige Bemerkungen hinzufügen: Die Unternehmer der Petitionen, die HH. Donalies und wer sonst aus Oletzko haben im Febr. d. J. ihre Petition erlassen, sie können damals von der Convention und ihrem Dasein sehr wenig gewußt haben; das Einzige sind Ausführungen Lord Russells, auf welche die Petenten sich stützen. Ich darf dabei mit einigem Rechte sagen, die Petenten haben selbst nicht gewußt, was sie wollen. Das Haus der Abgg. hat von der kgl. Regierung im Laufe der letzten Diskussion über diese Frage diejenigen Aufklärungen erhalten, welche die Regierung zu geben im Stande war. Der Herr Vorredner ist daher besser informirt, als die Petenten, aber dennoch nicht ausreichend genug, um sich ein sicheres Urtheil über die Convention bilden zu können.

Die Commission wird auf dem richtigen Wege sein, indem sie die Frage als erschöpft betrachtete und ihre Unbekanntschaft mit dem Inhalt der Convention constatirte. Ich bedauere, daß diese Anschauungen in diesem Hause nicht die Majorität gewonnen haben. Der Vorredner hat sich darüber beklagt, daß die Befürchtung des Landes stets durch neue Gerüchte bewegt werde; ich glaube, die Rede des Vorredners trägt auch erheblich dazu bei. (Bewegung.) Wenn das Haus unter diesen Umständen dennoch in eine Discussion dieser Frage, ich glaube zum viertenmale, eingehen will, so vermögen wir das nicht zu hindern; es ist aber von der k. Regierung nicht zu erwarten, daß sie sich in einer eingehenden Weise an dieser Discussion betheilige, da sie ihren früheren Erklärungen nichts hinzuzufügen hat. — Ich will noch einige unrichtige Thatsachen, welche der erste Redner angeführt hat, widerlegen. Derselbe hat auf französische Zeitungsnachrichten hingedeutet, wonach russische Posten auf preußisches Gebiet von Kosaken begleitet wurden. Ich glaube, daß eine solche Sicherstellung nöthig ist; wir können unsererseits doch zu solcher Sicherung keine permanente Escorte an die Grenze stellen; dazu liegt derjenigen Behörde die Verpflichtung ob, welche die Post abfertigt. Wenn aber der Vorredner diese Postillons-Escorte zu dem Marsche eines russischen Truppencorps im Großherzogthum Posen macht, so ist das eine der vielfachen Unwahrheiten, welche verbreitet worden sind. Ich habe aus guter Quelle Nachrichten erhalten, daß ein Agent in Krakau angestellt wäre mit dem Auftrage, dreimal täglich Depeschen in diesem Sinne nach Paris zu senden. Die Nachricht über den angeblichen Marsch von russischen Truppen auf preußischem Gebiete war aus Posen an den Fürsten Czartoryski gerichtet. Diese Depesche machte die Runde durch alle französischen Zeitungen. Zwei Tage darauf wurde von demselben Agenten berichtet, daß diese Nachricht auf einem Irrthum des Augenzeugen beruhe. Dieser Irrthum wurde aber von den Empfängern der ersten Depesche nicht aufgeklärt, vielmehr ein neues Gerücht daran geknüpft. Thatsache ist, daß der Augenzeuge nicht einmal eine Escorte gesehen haben kann. Was dies also für ein Augenzeuge gewesen ist, ergiebt sich daraus von selbst, und das sind die Nachrichten, auf welche sich der Vorredner bezogen hat. Der erste Redner und mit ihm der Abg. v. Rönne hat uns dringend eine andere Politik im Interesse Preußens empfohlen. Meine Herren! wir sind nicht gewohnt, diejenige Fraction, welcher der Abg. Libelt angehört, in ihren Ansichten über das, was für Preußen gut sei, mit uns in Uebereinstimmung zu finden und von dorther Rath im Interesse Preußens anzunehmen.

Abg. Dr. Waldeck: Der Herr Ministerpräsident hat uns soeben erklärt, daß er nicht gewohnt sei, Rath anzunehmen von der auf dieser Seite des Hauses sitzenden Partei; er hätte eben so gut sagen können, daß er nicht gewohnt sei, Rath anzunehmen vom ganzen Hause, nicht gewohnt, das Haus zu respektiren, wo es seine Befugnisse in Anspruch nehme. — Die Convention beschäftigt uns schon zum zweitenmale; aber dies ist nicht, wie Herr v. Bismarck bemerkt, überflüssig, da es mit der Convention keine Kleinigkeit ist, und da der Inhalt der Convention bald ganz verschwiegen, bald in verschiedener Weise von der Reg. angegeben worden ist. Zum Glück für Preußen und Europa ist die Convention jetzt wohl als ein todter Buchstabe anzusehen: Preußen ist nicht der Knecht Rußlands geworden, wie es die Ausführung der Convention hätte zur Folge haben müssen. Wir hören aber gleichwohl auch heute noch Dinge zugeben, die sich nicht für einen unabhängigen Staat schicken. Es ist Preußens unwürdig, wenn die Post auf preußischem Boden durch Kosaken eskortirt worden ist (Sehr wahr!), dieselben hätten preuß. Land nicht betreten dürfen. Wenn die bewaffneten Kosaken ihren Führern folgen u. Dinge vornehmen, welche von keiner inländischen Behörde angeordnet werden können, so ist dies etwas Unerhörtes. Die Convention ist allerdings nicht so schädlich geworden, wie sie hätte werden können: Rußland hat sich überzeugt, daß die Convention auch seiner eigenen Stellung nicht angemessen sei. Aber die preuß. Reg. ist nicht der Ansicht des ganzen Landes, nicht das Votum dieses Hauses, sondern dem Druck der auswärtigen Mächte gewichen. (Beifall, Sehr richtig.)

Können wir unserer Regierung diese Wandelung zu Gut schreiben? Nein, vielmehr hat auch der Verlauf der Convention gezeigt, daß die Stellung der Regierung in der auswärtigen Politik **ganz ebenso lahm und haltlos ist, wie in ihrer innern.** (Sehr wahr.) Der Herr Ministerpräsident hat uns soeben erklärt, die polnische Frage bestehe nicht erst seit heute. Dies wissen wir wohl alle selbst. Vielmehr enthält schon die wiener Congreßakte eine gewisse Lösung der polnischen Frage. Aber es ist unbegreiflich, wenn die Lösung der polnischen Frage dadurch herbeigeführt werden soll, daß unser Staat, der von dem ehemaligen Polen den bei weitem kleinsten Theil inne hat, sich in eine bleibende Allianz mit dem Nachbarstaate begiebt, der von der polnischen Beute den Löwentheil gewonnen hat, der unsere östlichen Grenzen auf das äußerste bedrängt. Der hierin enthaltene Irrthum der preußischen Regierung liegt doch auf der Hand. Von jeher war es anerkannt, daß Preußen von zwei raubgierigen Nachbaren umgeben sei, von denen der eine nach dem Rhein, der andere nach der Weichsel trachte. Darüber kann doch kein Zweifel obwalten. Wie ist es also denkbar, daß eine preußische Regierung die Stellung als Exekutor Rußlands hat einnehmen können? Eine solche Politik ist so wenig haltbar, daß das öffentliche Urtheil über sie ganz klar ist; sie kann nur von Leuten befolgt werden, die nur von der Hand in den Mund leben. Für die Convention mit allen ihren zukünftigen Folgen können wir das Ministerium allein verantwortlich machen. Sie sagen gewiß (zu den Ministern), wir übernehmen diese Verantwortlichkeit. Aber ein preußisches Ministerium hätte nothwendig, ehe es dies thut, die öffentliche Meinung, die politischen Constellationen, Preußens Isolirung in ganz Europa in Erwägung ziehen und auf diese Rücksicht nehmen müssen. Schon aber ist das Verhalten der preußischen Regierung von Frankreich, von England, Schweden und allen anderen Ländern, die sich über die Convention ausgesprochen, desavouirt worden. Wenn Sie sich aber von Rücksichten der Politik nicht leiten lassen, so sehen Sie mindestens (zum Ministertisch) auf die Menschlichkeit. Die Cartellconvention redet nur von Auslieferung von Deserteuren und Verbrechern nach jedesmaliger vorgehender Untersuchung, nicht aber von Auslieferung der Insurgenten. Wenn Oesterreich, durch gleiche Verträge gebunden, dies nicht thut, so ist doch zu hoffen, daß auch die preußische Regierung ein Gleiches thun wird. Wenn das gegenwärtige Ministerium in der inneren Politik keine Redlichkeit übt, wenn es keine politischen Rücksichten gelten lassen will, so sollte es doch wenigstens **die Gesetze der Menschlichkeit und Humanität gelten lassen** (Beifall).

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich ergreife nur das Wort, nachdem der Herr Präsident den letzten Angriff, der uns Mangel an Redlichkeit in der innern Politik vorwirft, nicht zurückgewiesen hat. Ich ergreife nur das Wort, um den Abgeordneten zu fragen, auf welche Thatsachen er die Behauptung gründet, als seien wir irgend welchem äußern Drucke gefolgt. Ich bezeichne diese Behauptung als eine willkürliche, aus der Luft gegriffene und weise sie hiermit zurück. Wir sind überhaupt nicht gewichen und haben keine Veranlassung dazu. Der Vorredner hat außerdem gewisse Betrachtungen aus der Presse über das Aktenstück des Marquis Wielopolski aufgestellt. Diese Anführung widerlegt sich durch sich selbst; wenn die russische Regierung eine solche Politik adoptirt hätte, so würde die Convention ein vollständiger Bruch mit dieser Politik sein, und es wäre dann sicherlich sehr anerkennenswerth, einen solchen Bruch herbeigeführt zu sehen.

Abg. Krieger (Goldapp): Er müsse dem Ministerpräsidenten auf das, was er über die Petenten gesagt habe, erwidern, weil die Petenten seinem Heimatskreise angehörten und er sie genau kenne. Der Ministerpräsident habe den Petenten „den Herren Donalies und wer sonst" vorgeworfen, sie hätten über eine Angelegenheit gesprochen, von der sie nichts wüßten, über die sie gar nicht informirt wären. Nun, „Herr Donalies und wer sonst" seien klare, nüchterne Köpfe, die nur dann petitionirten, wenn sie Material hätten. Daß sie dies hätten, beweise der Inhalt der Petition, in welcher sich die Petenten gegen den Vertrag aussprechen, welcher den Russen gestatte, polnische Insurgenten auf preuß. Gebiete zu verfolgen. Wer zweifle jetzt noch an dieser Thatsache? Der Ministerpräsident habe allerdings gesagt, es gehöre zu jedem Ueberschreiten der Grenzen die besondere Erlaubniß der preußischen Regierung. Das sei jedoch unerheblich. Die Hauptsache sei, daß eine Convention existire. Die „Herren Donalies und wer sonst" hätten also genau gewußt was sie wollten. Die „Herren Donalies und wer sonst" (Heiterkeit) hätten nach der Verfassung das Recht, wenn sie glaubten, daß die Regierung auf dem Holzwege sei (große Heiterkeit), sich an das Haus der Abgeordneten zu wenden. Das haben sie aber in der bescheidensten Weise gethan. Sie haben sehr bescheiden sich zu befürchten unterfangen, daß ihre Person und ihr Eigenthum in Gefahr gerathe. Wenn sie, die vielleicht persönlich tapfer sind, aber doch nicht mit russischen Horden in Berührung zu kommen wünschen, dies thun, so verdienen sie deshalb nicht den Vorwurf der Naseweisheit, den der Ministerpräsident ihnen ironischer Weise gemacht hat.

Abg. v. Sybel. Die Erörterungen des Ministerpräsidenten charakterisiren sich heute durch eine bei ihm sonst nicht häufige Unsicherheit. Es ist der Beweis, daß er keinen Grund und Boden mehr bei der Action hat, die schon zu solchem Unheil geführt hat. Daher die widersprechenden und schon in der Form haltlosen Aeußerungen, welche allenthalben umhergestreut werden. Der Ministerpräsident wirft dem Hause vor, es spreche über die Convention, ohne eine Ahnung von ihrem Inhalte, ja, von ihrer Existenz zu haben. (Er stellt also heute noch die Convention als problematisch vor. Ferner hat er erklärt, das Ministerium sei dem Druck der auswärtigen Mächte nicht gewichen und habe auch keine Veranlassung gehabt, zu weichen. Nun, wenn das wahr ist, wenn wir uns wirklich mit einem bloßen Nebelbild umhergeschleppt haben, dann ist etwas Aehnliches noch nicht dagewesen (lebhafte Zeichen der Zustimmung werden zwischen den Hrn. v. Roon und v. Bismarck gewechselt). Denn nicht nur wir haben das gethan, sondern alle Regierungen und Parlamente Europa's. Es ist durch die Convention von 8. Februar eine ganz ueue Constellation in der europäischen Politik eingetreten. Und nun sagt uns der Ministerpräsident: Ihr wißt ja gar nichts Positives, Eure sämmtlichen Nachrichten stammen aus lugenhaften Zeitungsartikeln. Dem gegenüber erinnere ich an unzweifelhafte Thatsachen. Es ist wahr, daß in der französ. Depesche vom 17. Febr. d. J. in einem Nebenpunkte auf Gerüchte Bezug genommen wird. In der Hauptsache aber nimmt er nicht Bezug auf Gerüchte, sondern auf die Eröffnung des preußischen Gesandten v. d. Goltz. Wenn derartige Mittheilungen auch in die Kategorie solcher entstellenden Zeitungsartikel, Gerüchte und Illusionen gehören, dann ist dies Haus unschuldig daran.

Die offiziellen Mittheilungen unsrer Gesandten sollten doch wenigstens unanfechtbar sein. (Sehr wahr.) Aehnliche Differenzen hat der Ministerpräsident bereits mit seinem Gesandten in England gehabt. Er hat aber bereits erklärt, daß russische Truppen nicht ohne Weiteres die Grenze überschreiten können, sondern nur mit Genehmigung der diesseitigen Behörden. Es ergiebt sich also jedenfalls, daß den beiderseitigen Truppen die Ueberschreitung der Grenze gestattet ist. Dann bleibt immer noch ein respectabler Inhalt, um Europa in Bewegung zu setzen und Preußen vor dem Auslande zu compromittiren. — Wenn der Ministerpräsident den Einwürfen gegenüber, daß er die polnische Frage aufs Tapet gebracht habe, erwidert, sie sei schon seit 1830 auf der Tagesordnung, so handelt es sich darum nicht. Die polnische Frage war im Anfange dieses Jahres nicht actuel, sie ist durch unsere Convention zur europäischen Frage geworden. — Ich glaube, daß der Ministerpräsident am 11. Februar, als er jene klassische Aeußerung that, daß er Rathschläge auswärtiger Mächte weder erhalten habe noch erwarte, von der französischen Depesche am 17. Februar noch nichts gewußt hat, aber wenn man von ihm auch nicht verlangen kann, daß er die materielle Prophetengabe besitze, um zu sehen, daß sich die Rathschläge, die er nicht erwartet, bereits unterwegs befinden, so sollte man doch die geistige Prophetengabe bei ihm voraussetzen können, daß er derartige Einwendungen des Nachbarreiches voraussehen kann. (Sehr wahr.)

Er hat ferner gesagt, daß unsere Auffassung bedenklich übereinstimme mit dem franz. Minister Billault und anderen Rednern des franz. Senats. Mag der Abg. Virchow sich über die ihm gemachten Insinuationen selbst aussprechen. Ich begnüge mich damit, zu erklären, daß, wenn in der Uebereinstimmung des Urtheils eines Mitgliedes dieses Hauses mit den auswärtigen Regierungen und Parlamenten der Vorwurf des Unpatriotismus und Landesverraths liegen soll, daß es dann wenige Mitglieder in diesem Hause giebt, die dieser Vorwurf nicht trifft. Wir stimmen überein mit der englischen und franz. Reg. und den schweizerischen Volksversammlungen. In dieser Frage stimmt überhaupt Alles überein, was sonst sehr weit auseinandergeht; es stimmen vielleicht zum erstenmal überein Kaiser Franz Joseph von Oesterreich und Victor Emanuel, Garibaldi, und wenn nicht die Zeichen trügen, selbst Papst Pius IX. (Große Heiterkeit.) Wir können uns also über jene Insinuationen beruhigen. Freilich, wenn es ein Ruhm ist, etwas gegen den Willen von ganz Europa zu concipiren und in's Leben zu rufen, dann hat sich der Ministerpräsident diesen Ruhm für alle Zeiten gesichert. Ich gebe zu, daß wir uns vielfach geirrt haben. Wir haben nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten geglaubt, die Convention werde vollständig aufrecht erhalten. Ich bekenne, daß die Aktenstücke, die uns jetzt vorliegen, beweisen, daß sie in der That jene Seeschlange geworden ist, mit der sie der Ministerpräsident Russisch bezeichnete.

Wenn wir weiter erwägen, daß schon am 4. März jener Artikel im „Staatsanzeiger" gestanden hat, der uns zunächst nur durch seine Form auffiel, durch die Geschicklichkeit, mit der die Staatsregierung sich als Journalist benahm, durch die Vorwürfe, die diesem Hause in einer Art gemacht wurden, daß wir glaubten, der Justizminister habe Veranlassung, gegen seine Kollegen strafrechtlich einzuschreiten, so müssen wir zugeben, daß wir bei der Aufmerksamkeit, die diese formellen Punkte erregten, nicht genug auf den Inhalt geachtet haben, der uns Verleumdung der Regierung vorwarf, Angriffe gegen Maßregeln, die nur den Zweck haben, die eigenen Grenzen zu schützen. Es war gar nicht möglich, der Convention vom 8. Februar ein schärferes Dementi zu geben. Damals schon hatte die Regierung also die Absicht, die Convention aufzugeben. Damals schon war also das Weichen vollzogen. Deshalb konnte auch Lord Palmerston bereits am 27. Februar erklären, er halte die Convention für einen todten Buchstaben. Dann kann man natürlich heute erklären, man sei in den letzten Wochen nicht gewichen. Ich hoffe, daß gegen die Palmerston'sche Erklärung, daß die Convention ein todter Buchstabe sei, zum Heile unseres schwer genug geprüften Vaterlandes kein Dementi vom Ministertische erfolgen werde.

Es bleibt so noch Stoff genug, um abzuwehren von dem Wege auf diesem blühenden Terrain, denn blühend ist es geworden nach dem Luftzug vom 1. Februar. Der Unterschied der politischen Lage zwischen der Zeit von dem 1. Februar und jetzt liegt klar da. Vorher standen wir sicher genug da, um so gegen Oesterreich aufzutreten, wie es der Ministerpräsident gethan hat; jetzt haben wir Oesterreich den Weg gebahnt zur entente cordiale mit den Westmächten. Ich hoffe, daß, wenn die Convention vom vom 1. Februar todt ist, ein besserer Geist diese Entwickelung begleiten wird in den weiteren Phasen der polnischen Frage. Das Organ Palmerstons, die „Moning-Post," hat diese Entwickelung am klarsten bezeichnet: Kein Krieg heute und morgen, aber die poln. Frage ist lebendig und die europäischen Mächte werden sie nicht wieder aus der Hand lassen. Darum rufen wir der Regierung zu, daß sie fortgehen möge von dem Standpunkt, den sie am 8 Februar eingenommen, daß wir festhalten an dem Standpunkt, den wir am 28. Februar klar gelegt. Unser Ministerium wird keinen Zweifel in die Versicherung setzen, daß, sollte sie den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, die preußische Landesvertretung ihr nicht folgen, sondern ihr jede Unterstützung verweigern wird. Oft schon haben wir der Regierung das „discite justitiam" zugerufen. Heute rufen wir ihr zu: discite justitiam moriti nec timere divos!" (Lebhaftes Bravo.)

Minister-Präsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat die Meinung ausgesprochen, daß ich heute mit weniger Sicherheit als sonst meine Ansicht vertrete. Ich würde bedauern, wenn diese Ansicht weiter verbreitet würde, und ich sehe mich deshalb zu der persönlichen Bemerkung veranlaßt, daß ich seit 4 Tagen erheblich krank gewesen bin und heute gegen den Willen meines Arztes, nur um die Annehmlichkeit dieser Diskussion an mir nicht vorübergehen zu lassen, hier erschienen bin. Der Vorredner schien anzunehmen, ich hätte die Existenz einer Convention in Abrede gestellt; ich habe oft ausgesprochen, daß eine Verabredung existirt, und ich habe nur gesagt, daß der Charakter derselben sowohl den Petenten, als dem Hause nicht bekannt ist. Der Vorredner sagt, daß die Convention bekanntlich viel weiter gehende Zwecke habe, als die bis jetzt angegebenen. Ich habe oft bei Zeitungen die Bemerkung gemacht, daß sie bei Angelegenheiten, die ihnen nicht bekannt sind sagen: bekanntlich u. s. w. Der Vorredner befindet sich in derselben Lage; er sagt, das Urtheil Europa's über die Convention sei einig. Das Urtheil kann aber über etwas ihm Unbekanntes nicht einig sein. Sie werden der Wahrheit wohl näher kommen durch dasjenige, dem die Regierung widerspricht, und überrascht sein über dasjenige, was übrig bleibt. Ich habe heute nur gesagt, daß Sie die Natur der Convention nicht kennen und daß Sie nicht wissen, ob sie noch besteht, womit ich nicht behauptet haben will, daß sie nicht noch bestehe. Alles, was der Vorredner über den Inhalt der Convention angegeben hat, beschränkt sich auf die französische Depesche vom 17. Februar; was bleibt also, wenn der bereits von mir widerlegte Punkt sich nicht darin befindet, von Ihrer Bekanntschaft mit der Convention noch übrig? (Heiterkeit!)

Abg. Dr. Löwe (Dortmund): Es sei ein eigenthümliches Schauspiel, diese Wiederholung der Debatte über die polnische Frage und die Haltung des Ministerpräsidenten in derselben immer wieder diese Wendungen, immer wieder diese Erklärungen, in denen der Nachsatz zurücknehme, was der Vordersatz behaupte. Und doch würde die Sache sehr einfach sein, wenn der Ministerpräsident einmal gesagt hätte: so ist es, und nicht immer: so ist es nicht und so nicht ganz genau. So sei es denn nicht merkwürdig, daß das Haus mit ganz besonderer Aufmerksamkeit die Augen auf das richte, was wirklich gesagt worden. Unter diesem sei ihm eine Bemerkung aufgefallen, die, mit welcher der Minister den Einwand zu widerlegen gesucht, daß Rußland bei der Convention im Vortheil gewesen sein würde. Nur dann wäre Rußland vollständig im Nachtheil gewesen, wenn gewisse Hoffnungen und Gerüchte, die der Ministerpräsident selbst daran geknüpft, wahr gewesen wären, daß Polen preußischerseits in Besitz genommen und schleunigst germanisirt werden sollte. Wenn in dieser Weise die panslawistischen Bestrebungen gestört worden, nur dann wäre Rußland wirklich im Nachtheil gewesen. — Wenn aber jetzt, wie vorauszusehen, der Aufstand niedergeworfen, dann werde Rußland seinen Frieden mit den Polen machen können auf der Grundlage des gemeinsamen Hasses gegen die Deutschen, gegen Preußen. Das wäre ein offenbarer Sieg der Russen; dann wäre erreicht, was die panslawistische Partei wolle; dann wäre Polen nicht gefesselt an Rußland, sondern ein Widderkopf, der auf unsern Leib sich richtet.

Das sei von jeher das Bestreben der panslavistischen Partei gewesen, der Murowski und der Wielopolski, der Herzen und Bakunin. Und wie weit etwa der Großfürst Constantin diese Bestrebungen theile, das gehöre vorläufig noch in das Gebiet der Conjecturalpolitik. Wenn der Minister meine, daß Rußland keinen Vortheil von der Convention gehabt hätte, sei er also wohl im Irrthum. Und eben so liege die Behauptung, daß es sich für uns nur um Grenzsicherung handle. Wenn einzelne der berichteten Thatsachen wahr sein sollten, wie die Auslieferung und die Gefangensetzung von übergetretenen Insurgenten, so beklage er dies, weil er überzeugt sei, daß dadurch unsere Interessen aufs Schwerste beschädigt seien, wie denn durch die Politik des Ministeriums überall unsere Interessen beschädigt würden.

Wenn der Minister dem Hause sage, es solle sich lieber mit seinen eigenen Angelegenheiten befassen, als Conjecturalpolitik treiben, so frage er denselben, ob nicht Angelegenheiten genug in Deutschland vorhanden seien, die wahrzunehmen eines preußischen Ministeriums würdiger gewesen wäre, als der Abschluß jener Convention? Sei da nicht der deutsch-französische Handelsvertrag und die Angelegenheiten am Bundestage und Schleswig-Holstein? Glaube der Herr Minister vielleicht, daß, nachdem er nun diese polnische Frage zu einer europäischen Frage gemacht, er auf einem etwaigen europäischen Congresse eine angemessene Stellung haben würde, wenn er dann noch Vertreter Preußens zu sein die Ehre hätte? Glaube er, daß die schleswig-holsteinsche Angelegenheit auf diesem diplomatischen Wege besser geordnet werden wird, als wenn man sich mit England verständigt hätte? Er glaube, die ganze Politik der Regierung sei nichts, als Conjecturalpolitik. (Beifall.)

Ministerpräsident v. Bismarck: Er habe nicht von Vortheil oder Nachtheil der Convention für Rußland gesprochen, sondern gesagt, daß, sollte der Wielopolski'sche Plan jemals vorhanden gewesen sein, die Convention das Verdienst haben würde, derjenigen Politik die Spitze abzubrechen, deren Erfolg der Vorredner befürchtet habe. — Der Vorredner habe sich ferner beklagt, daß das Ministerium nicht andere Fragen, die näher liegen könnten, in die Hand genommen. Wenn die polnische Frage nicht als Insurrection auf die Welt gekommen, würde man sie nicht angegriffen haben. In Betreff der von Jenen berührten Fragen erinnere er übrigens daran, daß dieselben seit 12 Jahren nicht vorgeschritten seien, das Ministerium also schwerlich ein Vorwurf um deswillen treffen könne, weil es sie in den letzten 7 Wochen habe ruhen lassen. Auch ihm (Redner) hätten bei Uebernahme seiner jetzigen Stellung andere Dinge vorgeschwebt. Ich kann Ihnen aber nicht verhehlen, daß, wenn Sie in dieser Weise uns zu unterstützen fortfahren, die Erreichung jener Zwecke nicht gerade gefördert wird.

Abg. Dr. Virchow: Die Behauptung des Ministerpräsidenten über die französische Depesche vom 17. Februar, von der er gesehen, daß ich sie in der Hand habe, ist ein neues Zeugniß von der Unerschrockenheit, welche derselbe im Interpretiren besitzt. Es steht in der Depesche ausdrücklich: „Graf v. d. Goltz sagte uns, wie wir dies auch von Herrn v. Budberg hörten, daß russische Truppen die preußische Grenze überschreiten und polnische Insurgenten verfolgen dürfen." (Hört! hört!) Das, worauf ich Bezug genommen, steht also mit dürren Worten darin. Wie der Ministerpräsident das ableugnen kann, was doch wesentlich mit dem, was Lord Russell im englischen Parlament gesagt hat, übereinstimmt, ist mir unerklärlich. Derartige Erklärungen scheinen ein solches Gewebe von Unsicherheiten über die Convention verbreiten zu sollen, daß in der That Niemand mehr etwas Bestimmtes von derselben wissen wird. Ich bin fest überzeugt, daß sie existirt hat und daß sie jetzt außer Kraft gesetzt ist. Damit steht auch im Einklang, daß der Ministerpräsident sagt, sie existire und sie existire nicht. (Heiterkeit.) Sie schwebt eben zwischen Leben und Sterben (große Heiterkeit). Wenn mir der Ministerpräsident dann vorgeworfen hat, daß ich gesagt habe, die preußische Regierung habe die polnische Frage zu einer europäischen gemacht, während sie dies schon seit 1831 gewesen sei, so erwidere ich, daß sie schon lange begraben war.

In Frankreich ist sie zum letztenmale bei der Adreßdebatte der zweiten Kammer im Jahre 1848 behandelt worden, seitdem war sie verschwunden. Selbst ihre Belebung auf dem pariser Congresse war unmöglich. Aus diesem Schlummer hat sie der Ministerpräsident geweckt, sie zu einer brennenden gemacht. Wenn dieser ferner gesagt hat, daß mir wohl andere Redner aus dem französischen Senate noch näher ständen, als der Minister Billault, so denke ich, ein Mitglied der deutschen Fortschrittspartei, deren Programm und deren Pläne offen daliegen, könne sicher davor sein, in eine nähere Beziehung zu den Rednern des französischen Senats gebracht zu werden. Was speziell den Prinzen Napoleon betrifft, so denke ich, Niemand wird so vermessen sein, mich, den Abg. des linken Rheinufers, mit diesem in nähere Verbindung zu bringen. Der Ministerpräsident wird niemals, selbst nicht in den an Verleumdungen reichsten Organen, die Vermuthung ausgesprochen gefunden haben, daß wir das linke Rheinufer verkaufen wollen. **Wohl aber ist vielfach, besonders in süddeutschen Organen, die Befürchtung laut geworden, daß ein anderer Politiker solche Absichten habe.** (Hört! Hört!) Wir werden trotz aller Verleumdung an unserem Ziele weiter arbeiten. Dies Ziel ist das große einige Deutschland. (Lebhaftes Bravo!)

Die Discussion wird geschlossen.

Abg. Waldeck (persönlich): Der Herr Ministerpräsident hat sich darüber beschwert, daß ich ihm Mangel an Redlichkeit in der innern Politik vorgeworfen habe. Ich glaube, daß dieser Vorwurf demjenigen mit Recht gemacht werden kann, der die Verfassung des Landes nicht mit Redlichkeit beobachtet. In dieser Beziehung stimmt aber wohl mein Urtheil über den Ministerpräsidenten mit dem des größten Theiles des Hauses und des Präsidenten dieses Hauses, der mich an der betreffenden Stelle nicht unterbrochen hat, überein.

Auf eine Bemerkung des Abg. v. Sybel, der die Quellen, auf die er sich berufen, gegen den Ministerpräsidenten rechtfertigt, erwidert Herr von Bismarck: Er habe die in den französischen Depeschen hervorgetretenen unrichtigen Voraussetzungen sofort bei den betreffenden Kabinetten aufgeklärt. Es sei aber nicht seine Gewohnheit, solche Depeschen sofort zu veröffentlichen. Die Mißverständnisse, welche im Auslande über die Convention obgewaltet, erklärten sich dadurch, daß man sich über Unterhandlungen ausgesprochen, ehe dieselben ihren vollständigen Abschluß erhalten. — Nachdem der Referent

Abg. Aßmann den Commissions-Antrag (Erledigung der Petition durch die bereits über die polnische Convention gefaßten Beschlüsse) gerechtfertigt, erfolgt dessen fast einstimmige Annahme. — (Während der Rede des Abg. Waldeck ist der Minister des Innern, Graf Eulenburg, eingetreten.)

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. v. Stablewski und Genossen, die Auslieferung der gegenwärtig inhaftirten russisch-polnischen Staatsbürger betreffend. Graf Eulenburg erklärt sich zu deren sofortiger Beantwortung bereit.

Abg. v. Stablewski (auf der Tribüne fast ganz unverständlich) motivirt die Interpellation. Das Verfahren gegen die inhaftirten Polen aller Kategorien entspreche nicht den Vorschriften des Strafgesetzbuches und der Criminalordnung.... Wie ihm aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, beabsichtige der Landrath Young, eine Anzahl der Inhaftirten auf Grund der Cartellconvention vom Jahre 1857 sobald als möglich auszuliefern. Demnächst scheint Redner die Ungiltigkeit und Unverbindlichkeit dieser Cartellconvention auszuführen.... Wenn — so schließt er — der Minister in einem früheren Falle den Muth hatte, um den er ihn wahrlich nicht beneide, dem Harm noch den Hohn des Wortes hinzuzufügen, so liege die Befürchtung nahe, daß auch in diesem Falle eine ähnliche „Ausweisung" eintreten könne. Dadurch rechtfertige sich die gestellte Interpellation.

Minister Graf Eulenburg: Vorweg habe er zu bemerken, daß die hier in Rede stehenden Fälle verschiedener Natur seien und danach auch verschiedene Behandlung zu erfahren hätten. Das könne er indessen aussprechen, daß die Absicht der Regierung im Allgemeinen auf Milde gerichtet sei, die auch um so eher werde eintreten können, als die Mehrzahl der Fälle voraussichtlich solche umfassen werde, welche wieder ihren Willen an der Bewegung theilzunehmen gezwungen worden wären. Anderntheils müsse er freilich auch erklären, daß die Regierung den Verpflichtungen, die ihr Gesetz und Verträge auferlegen, sich in den dahin einschlagenden Fällen nicht entziehen könne

Eine Diskussion knüpft sich an diese Beantwortung nicht und der Präsident schreitet zur Vorlesung der zweiten, durch den Abg. v. Sybel gestellten (und schon bekannten) Interpellation. Auf die betreffende Frage an das Ministerium erhebt sich Hr. v. Roon: Die Regierung wird auf die Interpellation antworten und zwar, so weit sie vermag, schon heute.

Der Interpellant, Abg. v. Sybel, erhält das Wort zur Begründung. Er verzichtet auf dasselbe; Herr v. Roon erhält das Wort: Wenn die Frage gestellt worden: 1) Wie viel Ausgaben sind bis jetzt dem Staate durch die Truppen-Aufstellung erwachsen, so kann ich darauf nur antworten: ich vermag das heute nicht anzugeben. Die Interpellation ist mir gestern Abend erst bekannt geworden, und es war deshalb unmöglich, den Betrag auch nur annähernd zu ermitteln. Wenn zweitens gefragt wird, aus welchen Fonds sind diese Ausgaben bestritten? so habe ich darauf nichts anderes zu antworten, als: vorläufig aus den bereiten Mitteln der Militär-Verwaltung, aus den Truppenkassen. Wenn endlich gefragt ist: warum ist bis jetzt darüber der Landesvertretung keine Vorlage gemacht worden? so muß ich darauf antworten: es ist um deshalb nicht geschehen, weil die k. Regierung bei der Anordnung der betr. Maßregeln nicht zu übersehen vermochte, ob eine solche Vorlage überhaupt nöthig werden würde.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Der Präsident schließt die Sitzung um 3 Uhr, indem er die nächste auf Donnerstag, 9. April, ansetzt. Tagesordnung: Die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer in Zaborowo rc.

Berlin, 31. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Sekretär im kaiserlich französischen Ober-Kammerherrn-Amte, Antoine Bertora, und dem Advokaten bei der diesseitigen Botschaft in Paris, Dr. Julius Levita, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, so wie dem Kreisgerichts-Büreau-Assistenten Friedrich August Resag zu Lübbenau im Kreise Calau, dem Kastellan des Landschaftsgebäudes zu Treptow an der Rega, Gottfried Gorondzielski, dem Ober-Rathsdiener Darmer zu Stralsund, dem Förster Witte zu Prebelow im Kreise Ostpriegnitz und dem Kommunal-Chausseegeld-Erheber Hiller zu Vahldorf im Kreise Neuhaldensleben, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Dirigenten und Rendanten des Hauptstempel-Magazins, Rechnungs-Rath Schleider, bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste zum Geheimen Rechnungs-Rath zu ernennen; dem Rheinzoll-Einnehmer Geschwind in Koblenz bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Rechnungs-Rath; sowie dem Regiernngs-Sekretär Hottelet zu Frankfurt a. O. bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste, den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; und dem Polizei-Hauptmann Ollenroth hierselbst aus Anlaß seiner Versetzung in den Ruhestand, den Charakter als Polizei-Rath beizulegen.

Der Salinen-Director Bergrath Bischof zu Halle a. S. ist als Director an das Steinsalz-Bergwerk zu Staßfurt, und der Berg- und Salinen-Inspector Oemler zu Staßfurt als Salinen-Inspector und Dirigent an die Saline zu Halle a. S. versetzt worden. Am Gymnasium zu Stendal ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Erdmann zum Oberlehrer genehmigt worden. An dem königl. Waisenhause in Bunzlau ist der erste Lehrer Klemens zum Oberlehrer, der Kollaborator Radelbach zum Waisenhauslehrer und der Candidat des Predigt- und Rector-Amts Rudolph zum Kollaborator ernannt worden. (St.-A.)

Bekanntmachung. Nachdem gegen die folgenden Zeitschriften: die in Frankfurt a. M. erscheinende „Süddeutsche Zeitung", die in Koburg erscheinende „Wochenschrift des Nationalvereins", die in Hamburg erscheinende „Reform", den in Bern erscheinenden „Bund" in Bezug auf eine, beziehungsweise mehrere Nummern derselben gemäß § 50 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 rechtskräftig auf Vernichtung lautende Erkenntnisse ergangen sind, wird auf Grund des § 52 desselben Gesetzes die fernere Verbreitung der erwähnten Blätter im preußischen Staate unter Hinweisung auf die im § 53 a. a. O. angeordneten Strafen verboten. Berlin, den 30. März 1863. Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg.

Berlin, 31. März. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Regierungspräsidenten v. Blumenthal zu Danzig die Erlaubniß zur Anlegung des von des Großherzogs von Oldenburg. k. Hoheit ihm verliehenen Ehren-Komthur-Kreuzes vom Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig zu ertheilen.

Berlin, 31. März. [Seine Majestät der König] empfingen um 10 Uhr Morgens den Kriegsminister, um 10¼ Uhr den Polizei-Präsidenten. Um 10½ Uhr begann der Vortrag des Militär-Cabinets, welcher um 11 Uhr durch die militärischen Meldungen beurlaubter und beförderter Offiziere unterbrochen wurde. Um 12½ Uhr erhielt der Wirkliche Geheime Rath von Olfers, um 1 Uhr der aus Brüssel zurückgekehrte Geheime Rath Dr. Langenbeck Audienz. Hierauf hielt der Staatsminister v. Selchow und um 4 Uhr der Staatsminister v. Bodelschwingh Sr. Majestät Vortrag. (St. A.)

[Anerkennung für das preußische Abgeordnetenhaus.] Der „Schwäbische Merkur," eines der besten Blätter Süddeutschlands, schreibt: „Nachdem die Gefahren einer Friedensstörung in Folge der polnischen Revolution wieder mehr in den Hintergrund getreten sind, darf wohl auch die Haltung des preußischen Abgeordnetenhauses während dieser Krisis mit aller Anerkennung hervorgehoben werden. Offenbar wurde durch die entschlossene Dazwischenkunft des ehrenfesten preußischen Volkshauses der Sieg der napoleonischen Schlauheit und schwere Gefahr für das uneinige Deutschland verhindert. Besonders werkwürdig dabei ist das Benehmen Englands. Seine Volksinstincte brachen so heftig gegen Rußland und Preußen los, daß sie Napoleon einluden, sich am Rheine zu vergrößern; auch die höheren Politiker Englands waren in Versuchung, dies einer, wie es scheint, seit einem Halbjahre ventilirten Theilung der Türkei durch Rußland und Frankreich (mit Entschädigung Preußens durch das linke Weichselufer) vorzuziehen. Allein Palmerston fand in dem preußischen Volkshause einen Ankergrund, um solchen Planen das Mittelglied auszubrechen. Schon vor einem Jahre ließ ein Staatsmann verlauten, man sei in den leitenden Kreisen Englands entschlossen, sich mit dem alten System in Deutschland keinesfalls zu verbinden, dieses sei zu morsch, als daß man auch nur einen Schilling daran wenden wollte; wenn aber das liberale und nationale Streben der Deutschen irgend einen Kern ansetze, so müsse sich England damit gegen das ihm drohendste Bündniß Frankreichs und Rußland verbinden. In diesem Sinne scheint England gemeinsame, herausfordernde Schritte in Berlin verhindert zu haben. Aus Aerger darüber schmält Napoleon durch den Mund Billault's auf den Neid Englands, und nachdem er Bismarck zuerst durch jenen Köder gelockt und dann zu Falle gebracht, rühmt auch er den preußischen Liberalismus als eine aufgehende Sonne. Das preußische Volkshaus hat sich also in einer schweren Krisis um den Staat und um Deutschland wohl verdient gemacht."

[Gegen den Abg. van der Leeden], der zwar Rentner, nebenbei aber auch Hauptmann a. D. ist, hat der Ehrenrath des ersten oberschles. Inf.-Regiments wegen einiger im „Oderblatte" abgedruckten Berichte für den Wahlkreis eine ehrengerichtliche Untersuchung beschlossen. Obgleich kein Abgeordneter während der Sitzungsperiode zur Untersuchung gezogen werden kann, so hat der Ehrenrath doch für gut befunden, den Termin zur Verantwortung schon auf den 30. März anzuberaumen. (Rh. Z.)

[Preßprozeß.] Die vierte Deputation verhandelte gestern gegen den Redakteur der „Tribüne", der angeklagt war, durch einen Artikel „das rauhe Haus und seine Zöglinge in den preußischen Gefängnissen", den Ober-Consistorialrath Wichern und die aus der Anstalt hervorgegangenen Gefängnißbeamten beleidigt zu haben. Derselbe wurde freigesprochen. In den Gründen war ausgeführt, daß keine Beleidigung vorliege, weil erkennbare Beamte in dem Artikel nicht angegeben seien, und nur das System des Instituts einer Kritik unterworfen sei. Der Staatsanwalt hatte, im Falle dieser Freisprechung, gleichzeitig eine Anklage wegen Tadels von Staatseinrichtungen (§ 101) erhoben, welche der Gerichtshof jedoch auch verwarf, weil wieder nur das System getadelt sei. Bei derselben Deputation war gegen die „Wochenschrift des National-Vereins" wegen zweier Artikel, welche Beleidigungen des Herrn v. Bismarck enthalten sollen, vom Staatsanwalt die Vernichtung beantragt. Es wurde nur ein Artikel für strafbar befunden und dessen Vernichtung ausgesprochen.

[Berichtigung.] Nach der „Sp. Ztg." ist die von der „Bromb. Ztg." gebrachte Nachricht von der Ernennung des Appellationsgerichts-Präsidenten Luther in Bromberg zum Chefpräsidenten in Ratibor, an des verstorbenen Burchardt (früher Wentzel) Stelle, nicht begründet.

[Scheldezoll.] Wie es heißt, beläuft sich der Maximalbetrag, zu welchem sich Preußen für Ablösung des Scheldezolles gegen Belgien verpflichtet hat, auf 440,000 Thlr.

Königsberg, 30. März. [Das Ministerium gegen die Habilitation der Juden.] Die Nachricht von der durch den Cultusminister erfolgten Ablehnung der von der Universität beantragten Aenderung ihres confessionellen Charakters wird durch nachfolgendes Schreiben bestätigt, welches zugleich als ehrenvolles Zeugniß für die Haltung der Universität in dieser ganzen Angelegenheit veröffentlicht zu werden verdient.

An den praktischen Arzt Herrn Dr. med. Samuel hier.

Geehrtester Herr College! In Bezugnahme auf Ihre Eingabe im Oktober 1860, Ihre Habilitation als Privatdozent an der hiesigen Universität betreffend, beeile ich mich Ihnen im Namen der Fakultät mitzutheilen, daß dieselbe leider nicht im Stande gewesen ist, Ihnen die licentia docendi zu erwirken. Die Fakultät hat am 11. Dezember 1860 Ihre Habilitation auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1847, so wie des Beschlusses des Generalconzils vom 31. Januar 1848 und endlich des Ministerialerlasses vom 14. Juli 1848 bei dem Herrn Curator beantragt. Sie hat hierauf, da sie abschläglich beschieden wurde, von Neuem eine Modifikation des § 105 der „Allgemeinen Universitäts-Statuten" beantragt, welche auch in den Sitzungen vom 10. Januar und 12. Mai 1862 mit großer Majorität angenommen wurde, jedoch von Sr. Excellenz dem Herrn Minister v. Mühler unter dem 6. März 1863 abgelehnt worden ist. Der Herr Minister sagt in dem vorerwähnten Schreiben: „er habe diese Anträge (vom 10. Januar und 12. Mai 1862) einer sorgfältigen Prüfung unterworfen und alle dabei in Betracht zu ziehenden Verhältnisse reiflich erwogen, dabei aber die Ueberzeugung gewonnen, daß nach keiner Seite hin ein Bedürfniß zu der vom Generalconzil befürworteten Aufhebung der angeführten Bestimmung der Universitätsstatuten anzuerkennen sei; er es sich daher versagen müsse, den Anträgen des Generalconzils Folge zu geben u. s. w. Königsberg, den 26. März 1863. Die medicinische Fakultät. v. Wittich, z. Z. Decan. (N. Z.)

Tilsit, 29. März. [Militär-Marschordre.] Am morgenden Tage verlassen uns auch der Stab und die 3. Eskadron des 1. Drag.-Regmts., um in Eilmärschen nach Memel zu marschiren und zum Grenzdienste verwandt zu werden. Die Marschordre traf nur heute am frühen Morgen durch telegraphische Depesche ein, nach welcher auch die briefliche Mittheilung des General-Commando's erfolgte. Nach dieser wird unser Militär schon am 31. in Memel eintreffen, um sogleich den neuen Dienst zu übernehmen. Die Ursache zu dieser Marschordre ist hier noch nicht bekannt geworden, indem uns nähere Nachrichten aus Memel fehlen; jedenfalls wird in diesen Tagen das Erforderliche zur Kenntniß gelangen und mitgetheilt werden. (K. H. Z.)

Bonn, 29. März. [Landwehr.] Es ist von hier berichtet, daß Aeußerungen eines hiesigen Landwehrlieutenants, die derselbe gesprächsweise in dem Lokale der geschlossenen Lese- und Erholungsgesellschaft gethan hatte, von einem andern hiesigen Landwehrlieutenant und einem activen kölner Premierlieutenant, der dort als Gast eingeführt war, weiter verfolgt worden seien. Der Denuncirte ist der Bergingenieur Dr. Gurlt, die Denuncianten sind der Notariatscandidat Schüller, Sohn des hiesigen Notars Schüller, und der Lieutenant Nücker aus Köln. Der Letztere war früher aus der Linie getreten, beabsichtigte dann im Jahre 1859 während des Krieges in österreichische Dienste zu treten, trat aber schließlich wieder in die preußische Armee ein. Schüller hat es vorgezogen, seinen Austritt aus der Lese- und Erholungs-Gesellschaft freiwillig zu erklären. Die Aeußerungen des Dr. Gurlt laufen im Wesentlichen darauf hinaus, daß er eine demokratische Heeresverfassung als für die modernen Staaten zuträglichste bezeichnete; außerdem hatte er sich gegen die Theorie vom unbedingten Gehorsam ausgesprochen.

Deutschland.

München, 29. März. [Die Königin von Neapel] ist aus ihrer Zurückgezogenheit im Schlosse zu Biederstein hervorgetreten und macht jetzt täglich Besuche. Zur Abreise nach Rom werden bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen.

Karlsruhe, 28. März. [Das Vorparlament.] In mehreren Blättern, unter anderen auch in der „Kreuzzeitung" wird das Gerücht von einem beabsichtigten Vorparlament kolportirt. Die „Karlsr. Ztg." sagt bei Gelegenheit einer Polemik gegen eine frankfurter Korrespondenz, die gesagt hatte, Herr v. Roggenbach scheine das angeblich projectirte Parlament unter seine Fittige nehmen zu wollen: „Die badische Regierung verlangt vor Allem für Deutschland eine Regierung, die fähig ist, einen einheitlichen Willen zur Geltung zu bringen, zu ihrer Unterstützung ein die deutsche Nation würdig vertretendes Parlament und damit Macht und Sicherheit für den Einzelnen, wie für das Ganze. Unerschütterlich in dem Streben, das Ziel in guten wie in schlimmen Tagen zu verfolgen, würde sie bis zu seiner Erreichung die vollkommenste Entwickelung der staatlichen Verhältnisse des Heimathlandes jedem Versuche vorziehen, in die nach einem Prinzip konsequent ausgebildete Bundesverfassung Institutionen einzufügen, welche ihrem Wesen fremd und widersprechend sind. Damit fällt für sie aber auch die Möglichkeit hinweg, mit Vorparlamenten oder mit Verhandlungen sich zu befreunden, wie der Reformverein sie jüngst in Schwung zu bringen versucht."

Oesterreich.

Wien, 30. März. [Die Vereinigung Oesterreichs mit den Westmächten in der polnischen Frage.] Die „Presse" schreibt: Es haben in den letzten Tagen im Palais auf dem Ballplatz Conferenzen zwischen dem Grafen Rechberg und den Vertretern der Westmächte stattgefunden, und wir glauben recht unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß die Betheiligung des Wiener Kabinets an den in Petersburg zu Gunsten der Polen Seitens der Westmächte vorbereiteten Schritten zur Stunde eine bereits entschiedene Sache ist. Wie wir hören, handelt es sich hierbei nicht um einen Kollektivschritt, sondern um sogenannte identische Noten, welche von den Vertretern der drei Mächte dem russischen Minister des Auswärtigen gleichzeitig überreicht werden sollen. Die besondere Stellung Oesterreichs, welche bei der Wichtigkeit seiner Mitwirkung von dem französischen und britischen Kabinete im vollsten Maße berücksichtigt wurde, hat die Stylisirung der identischen Noten sehr erschwert, doch soll man sich schließlich darüber geeinigt haben, der russischen Regierung die schleunige Einführung „zeitgemäßer Reformen" im Königreich Polen in der dringendsten Weise zu empfehlen. Von russischer Seite sind große Anstrengungen gemacht worden, die zwischen Wien, Paris und London schwebenden Unterhandlungen zu durchkreuzen und den identischen Schritt der drei Mächte, namentlich aber den Anschluß des Wiener Kabinets an die Westmächte zu vereiteln, und diesem Umstande wird es auch zuzuschreiben sein, wenn Fürst Gortschakoff den Vertretern Frankreichs und Englands vor einigen Tagen jene beruhigenden mündlichen Erklärungen gab, über deren Inhalt aus Berlin berichtet wurde. Aber es scheint, daß die Versicherungen des Fürsten Gortschakoff in den Augen der Kabinete viel von ihrem Werthe verloren haben, da man es demungeachtet für nöthig hält, die diplomatische Action eintreten zu lassen. Neben der Verständigung zwischen Oesterreich und den Westmächten über die identischen Noten ist auch noch eine andere Verhandlung zwischen Wien und Paris in der Schwebe, nachdem Frankreich sich bereit erklärt hat, die von Oesterreich beabsichtigten Reklamationen bezüglich der Rechtsansprüche der katholischen Kirche in Polen nachdrücklich zu unterstützen. England, als protestantische Macht, hat es für passender gehalten, daß bei dieser Frage die zwei katholischen Großmächte allein vorgehen. Wir brauchen wohl auf die Bedeutung dieser Nachrichten nicht hinzuweisen. Hat einerseits der Anschluß Oesterreichs an die Westmächte sicher Rußland gegenüber viel zur Milderung der anfänglich in Paris und London beabsichtigten Einwirkung beigetragen, so verleiht andererseits die Betheiligung Oesterreichs diesem Schritte ein großes Gewicht und wird dadurch der auf Rußland auszuübende Druck in sehr empfindlicher Weise potenzirt, ganz abgesehen von der schwer wiegenden Thatsache, daß Oesterreich, mit den Westmächten im Einverständniß, sich ganz auf Seite der thatsächlich berechtigten Ansprüche eines grausam unterdrückten Volkes stellt.

Italien.

* **Turin,** 25. März. [Farini.] Im Befinden Farini's ist einige Besserung eingetreten. Man wird ihn wahrscheinlich von Susa nach Novalesa bringen, um die dortige reine und gute Luft auf ihn wirken zu lassen. Es heißt, die Regierung wolle ihm, wie früher Herrn Paleocapa, eine Pension bewilligen.

Frankreich.

* **Paris,** 29. März. [Stand der diplomatischen Action.] Der (russische) „Nord" hebt an der Spitze seines Bulletins hervor, daß das Dunkel, welches die diplomatische Behandlung der polnischen Frage umgiebt, immer undurchsichtiger wird. Die Sprache der Blätter, welche zuerst so große Hoffnungen an die Mission des Fürsten Metternich geknüpft, wird immer unsicherer, und während man in einigen politischen Kreisen von einer Concession spreche, wolle man in anderen wissen, daß Frankreich nun Vorschläge in London und Wien gemacht; ferner behaupte man, Frankreich habe durch eine Depesche an den Herzog von Montebello seine Auffassung der polnischen Frage in Petersburg schon mitgetheilt. Außerdem behaupte man, Hr. v. Bismarck werde nächstens auch sein Olmütz haben und sich zu Füßen des Hrn. v. Rechberg demüthigen müssen. „Dies sind Uebertreibungen, die nicht verdienen, widerlegt zu werden."

Großbritannien.

London, 28. März. [Affaire „Peterhoff."] Heute ist Alles über die Angelegenheit des von dem amerikanischen Commodore Wilkes weggenommenen Schiffes „Peterhoff" wieder beruhigt. Mit dem Postdampfer, der heute von Liverpool nach Newyork abgefahren ist, gehen Instructionen an unsern Gesandten in Washington und sehr eindringliche Vorstellungen Lord Russell's an Herrn Seward ab, den Admiralen und Capitänen der Union gemessenere Verhaltungsbefehle zu ertheilen, damit durch willkürliche Rechtsverletzungen nicht unnöthige Veranlassung zu Klagen und Verbitterungen entständen, die das freundschaftliche Einvernehmen auf bedauerliche Weise gefährden könnten. Lord Russell spricht die Ueberzeugung aus, daß die Admiralitätsgerichte der Union das rechtswidrige Verfahren des Commodore Wilkes nimmer gutheißen und die gebührende Entschädigung möglichst rasch bewilligen werden. Die Depesche ist freundschaftlich, aber, wenn ich recht unterrichtet bin, schärfer stylisirt als irgend eine, die Lord Russell bisher nach Washington geschickt hat.

Rußland.

St. Petersburg, 28. März. [Die hiesige Adelsversammlung] hat sich für die Zulassung aller Klassen in die neue Provinzialvertretung ausgesprochen und somit das Minoritätsgutachten, wonach der Bauernstand, weil „ungebildet", auszuschließen sei, verworfen. Indeß wurde doch für die Präponderanz des Adels noch hinlänglich gesorgt; außer den Virilstimmen, welche den Besitzern großer Güterkomplexe zustehen sollen, wird auch der übrige Adel seine Vertreter nach einer gewissen Kopfzahl wählen, während die Bauerngemeinden für je einen (wolost) Bezirk, ohne Rücksicht auf die Bevölkerungs-Zahl, einen Deputirten ernennen. Auch noch eine andere Konzession wurde dem Adel gemacht oder vielmehr machte die Adelsversammlung sich selbst. Die Commission hatte nämlich vorgeschlagen, der Präsident solle von der Versammlung gewählt werden, während nach dem Regierungsprojekt der jeweilige Adelsmarschall rechtmäßiger Präsident ist. Die Majorität stimmte letzterem Modus bei. Daß übrigens das Votum der hiesigen Adelsversammlung nicht ohne Einfluß auf die endgiltigen Beschlüsse der Regierung bleiben soll, geht schon daraus hervor, daß Herr von Walujew, der Minister des Innern, seine definitiven Vorschläge über diese Angelegenheit, welche er vergangene Woche dem Reichsrathe hätte unterbreiten sollen, bis nach Schluß der Adelsversammlung verschoben hat. (N. Z.)

Unruhen in Polen.

Krakau, 30. März. Der britische Legationssekretär Mounty ist heute von Wien hier eingetroffen, um Erhebungen wegen der Mißhandlungen Finkenstone's zu pflegen. Er geht deshalb auch nach Giebultoff (wo eben jene Mißhandlungen stattgefunden haben).

Krakau, 31. März. Im Lublinschen hat sich ein neues Insurgentencorps unter Praszyll gebildet. Lelewel hat sich mit dem Reste der Schaar von Czechowski vereinigt. — In Warschau sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. (Ostd. Z.)

Posen, 31. März. Der „Ostd. Ztg." entnehmen wir die Nachricht, daß einer der Anhänger Mieroslawski's, der mit einem Packete Proklamationen, in denen Mieroslawski sein Anrecht auf die Dictatur darzuthun versucht, nach Warschau reisen wollte, in der Nähe von Czenstochau von den Truppen Cieszkowski's aufgegriffen worden ist, und dieser bei dem Comite in Warschau angefragt hat, was mit dem Menschen anzufangen wäre. Der Zuzug aus Galizien wird mit jedem Tage stärker, der Partisanenkrieg, der nach dem eigenen Urtheile der Russen für sie der gefährlichste ist, gewinnt aufs Neue an Ausbreitung. Jezioranski folgen in diesen Tagen vollständig bewaffnete Trupps unter bewährten Führern. Wie uns gemeldet wird, werden dieselben von Frankreich aus mit Waffen und Offizieren versehen, die einen unbestimmten Urlaub haben. Leider soll Mieroslawski gerade unter diesen letzteren viele Freunde haben.

*** **Myslowitz,** 31. März. Heute hier eingegangene Briefe zuverlässiger Kaufleute aus Lublin und Siedlec melden das Heranrücken bedeutender russischer Truppenmassen aus dem Innern.

✉ **Skalmierzyce,** 31. März. [Insubordination unter den Russen.] Es ist schon so viel von der Insubordination der russischen Truppen in den öffentlichen Blättern die Rede gewesen und ein Faktum, welches bei Konin sich ereignete, liefert einen fernern Beweis dafür. Als dort nämlich vor einiger Zeit nach einem harten Kampfe, und nachdem die Insurgenten wegen der inzwischen angelangten Verstärkung der russischen Truppen, mit Zurücklassung ihrer Todten und Verwundeten in die Wälder sich zurückgezogen hatten, fielen die Russen über die Unglücklichen her, ermordeten was noch nicht todt war, und plünderten sie aus. Die Nachricht über diese Ungebühr, welche bald zu den Ohren des Commandeurs der Truppen, Fürsten Wittgenstein, gelangte, und die dieser keineswegs rechtfertigte, hatte zur Folge, daß das Militär sogleich unters Gewehr treten mußte, um die Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen. Zwei dieser raubgierigen Russen aber widersetzten sich entschieden den gegebenen Befehlen unter Drohungen gegen ihre Vorgesetzten. Die gerechte Strafe ist ihnen hier für bald geworden, sie wurden zur Warnung für die Anderen vor der Front der Truppen erschossen.

In Warthe, so erzählte man heut, wurden vor einigen Tagen der Bürgermeister und zwei andere städtische Beamte verhaftet und nach Kalisch eingebracht, ohne daß die Veranlassung hierzu bekannt geworden; sie waren durch einen dortigen Schmied denuncirt, der als Spion bekannt und den der Strick schon längst verfolgt.

☉ = ☉ **Guttentag,** 31. März. [Treffen.] Zwei zuverlässige Handelsleute aus Russisch-Polen erzählen, daß am verflossenen Donnerstag die Insurgenten in Radoszewitz bei Dzaloschin versammelt waren. Die Russen, hiervon benachrichtigt, rückten auf Radoszewitz vor, nahmen von den vielen Hunderten gegen 55 Polen gefangen, worunter eine Weibsperson, militärisch gekleidet, war (vergl. im heutigen Morgenblatt: Bodzanowitz), lieferten dieselben in der Kreisstadt Wielun ab, mit 20 Pferden, einigen Gewehren und circa 300 Siedemessern. Unter den Pferden befanden sich 3 prächtige Schimmel im Werthe von 5000 Gulden. Ebenso wurden 3 Fahnen, von denen eine sehr schön mit Gold gestickt war, abgenommen. Ein polnischer Oberst Namens Czerstkowski, welcher der Gefangennahme nahe war, soll die Flucht ergriffen haben, indeß nach halbmeiliger Verfolgung von den Russen frei gelassen worden sein.

Griechenland.

Athen, 21. März. [Soldateska.] Die Zahl der Offizier und Unteroffiziere beträgt gegenwärtig im griechischen Heere ungefähr die Hälfte des gesammten Truppenstandes, nämlich 4000. Vor dem Aufstande von Nauplia gab es blos 200 Unteroffiziere; jetzt zählt z. B. die Artillerie allein eben so viele Offiziere als Soldaten. Ferner giebt es 50 Marine-Commissare 1. Klasse, von denen blos einer im aktiven Dienste steht. Die Zügellosigkeit der Soldaten in der Hauptstadt nimmt zu. Ein Unteroffizier tödtete vor Kurzem eine Frau; einige Soldaten versuchten Nachts in das Gewölbe eines reichen Kaufmanns einzubrechen; ein Infanterist erschlug beim Weine drei Kameraden und ward hierauf selbst getödtet. Auch Duelle werden unter den niedern Offizieren und den Unteroffizieren ziemlich häufig, fallen jedoch meist unblutig aus. Zur Verminderung der Disziplin hat auch die Abschaffung des General-Commando's nicht wenig beigetragen. Oberst-Lieutenant Papadiamantopulos war bei den Soldaten beliebt und gefürchtet, und seine Autorität hat manche Unordnung beseitigt; deshalb ist auch die öffentliche Meinung über seine Entfernung höchst ungehalten. Die Kaufleute von Athen und vom Piräeus haben eine Petition an die National-Versammlung um Wiedererrichtung des Postens eingereicht. Dieselben erbieten sich, die Kosten zu tragen, falls die Einziehung des Postens aus financiellen Gründen erfolgt sei.

Amerika.

Mexiko. [Die Intervention.] Im Gegensatze zu dem vor Kurzem auf- und rasch wieder untergetauchten Gerüchte, daß Kaiser Napoleon an ein Aufgeben der mexikanischen Expedition denke, heißt es jetzt, daß Mexiko, nach glücklich erfolgter Einnahme seiner Hauptstadt, sich auf eine mindestens dreijährige französische Besatzung gefaßt machen müsse. Nicht sowohl pour amuser les bons citoyens, wie es bei der Garnisonirung von Nizza hieß, als um die Kriegskosten herauszuschlagen und „einen geregelten Zustand" dauernd zu begründen, — zwei schwere Aufgaben, die sich da Frankreich stellt! Gelingt ihm die Lösung der zweiten nicht ganz, so wird Herr Fould der Erste sein, der sich tröstet. Um aber das viele Geld wieder hereinzubringen, hat er angeblich folgenden Plan entworfen: Besatzung von vier Hauptpunkten; 1) von Vera-Cruz durch die ägyptischen Hilfstruppen, denen das gelbe Fieber nichts anhaben oder, wenn es Gottes Wille ist, auch anhaben kann; 2) von Orizaba durch eine gemischte französische und französisch gesinnte mexikanische Garnison; 3) von Puebla und 4) von Mexiko, beide durch unvermischte Franzosen unmittelbar nach den resp. Eroberungen. Unmittelbar nach den resp. Eroberungen wird ferner eine Proklamation im bekannten Befreierstyle erlassen, in welcher die Mexikaner aufgefordert werden, sich im Schatten der französischen Bayonnette eine würdige Regierung zu wählen. Ist dies geschehen, wird besagter Regierung die Kriegskosten-Rechnung vorgelegt. Obwohl bei letzterer doppelte Kreide nicht zugelassen wird, so wird sie doch voraussichtlich zu groß sein, um beglichen werden zu können, worauf Frankreich die Verwaltung der Zollämter übernimmt und die reichen Bergwerke mit neumodischen Maschinen ausbeuten läßt, so lange, bis die Kosten herein sind. Und — so hätte es im Programme noch heißen müssen — so lange Amerika oder ein anderer Störenfried keinen Strich durch die Rechnung macht.

Asien.

Hongkong. [Japanesische Zustände.] Der politische Horizont Japans umzieht sich mit immer düstereren Wolken. Aus Yokohama wird vom 24. Jan. gemeldet, daß der fortdauernden Auswanderung der Daimios aus Jeddo sich nun auch die Krämer und Handwerker nachziehen, wie alle anderen von den höheren Ständen abhängige Klassen, und daß es in dem Verhältnisse wie Jeddo abnimmt, Miako an Umfang und Reichthum wächst. In letzterer Stadt sind Raufereien und selbst Todtschläge unter den bewaffneten Dienern des mächtigen Adels nicht selten, und es steht fest, daß man das Ansehen des Taikūn dort offen mißachtet. In Jeddo ist, wie man sagt, von Kurzem plötzlich ein Abgesandter des Mikado erschienen und hat den Taikun gefragt, warum er noch immer den Ausländern erlaube, sich unbelästigt in Japan aufzuhalten, während er doch wiederholentlich ermahnt worden sei, sie aus dem Lande zu vertreiben. Wahr oder falsch, man glaubt allgemein, daß der Mikado unbedingt auf der Vertreibung der Fremden bestehe, und daß dem Reiche eine Revolution bevorsteht. Die japanischen Gesandten sind vor drei Wochen mit dem französ. Dampfer „Echo" hier eingetroffen, weigerten sich aber schlechterdings, sich nach Jeddo zu begeben, ohne vorher in Nangasaki anzurufen. (Times.)

Breslau, 1. April. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Büttnerstraße Nr. 9 circa 12½ Thaler baares Geld und zwei Portemonnaies; Matthiasstraße Nr. 75 ein dunkelblauer Tuchrock, ein Paar Halbstiefeln, vier Thaler baares Geld und ein Schlüssel.

Verloren wurde: ein Gesindedienstbuch auf die unverehelichte Louise Hampel lautend.

[Hundefang.] Im Laufe letztverflossener Woche sind hierorts durch Scharfrichterknechte 7 Stück Hunde eingefangen worden. Davon wurden ausgelöst 5, getödtet —, die übrigen 2 Stück dagegen noch am 30sten d. M. in der Scharfrichterei in Verwahrung gehalten. (Pol.-Bl.)

—* [Feuer.] Gestern Abend in der elften Stunde gerieth in dem Hause Fischergasse Nr. 16 die Düngergrube wahrscheinlich durch hineingeworfene noch glühende Asche in Brand. Erst der anhaltenden Arbeit der herbeigeholten Feuerwehr am Nikolaiplatz gelang es, das Feuer zu bewältigen.

[Dr. Rudolf Gottschall] verläßt, wie die „Pos. Ztg." berichtet, mit seiner Familie am 1. April die Stadt Posen, in welcher er über ein Jahr gelebt hat. Er geht nach seinem geliebten Schlesien zurück, gedenkt aber erst eine größere Reise nach dem klassischen Lande der Kunst, Italien, zu unternehmen. „Das geistige Leben unserer Stadt," so schließt das genannte Blatt seine Meldung, „erleidet einen herben Verlust durch den Fortgang des verehrten Mannes, und wir glauben im Namen der vielen Freunde des Dichters zu handeln, wenn wir ihm an dieser Stelle ein herzliches Lebewohl zurufen."

Aus dem Kreise Meseritz, 27. März. [Eisenbahn. — Einrichtung der Postwagen.] Die Eisenbahnfrage, welche unseren Kreis so lebhaft berührt, ist jetzt in ein neues, entwickelteres Stadium getreten; den Bemühungen des Fürsten Hohenzollern-Sigmaringen, welcher bekanntlich zwischen Schwiebus und Krossen mit einem sehr bedeutenden Grundbesitz angesessen, ist es nämlich gelungen, bei der Staatsregierung nunmehr die Bestimmung der Eisenbahnlinie durchzusetzen. Die Linie wird von Schwiebus auf Braetz gehen, unsern Kreis sodann weiter zwischen den Dörfern Groß-Dammer, wo der Graf Schwarzenau angesessen ist, und Roysen schneiden und sodann unsern bekannten Hopfenort Neutomysl berühren. Leider bleibt nunmehr der berühmte Ort Tirschtiegel außerhalb der Route und in tiefe Melancholie sind gegenwärtig versunken die Gemüther der Alt- und Neu Tirschtiegler durch diese ungeahnte Wendung des Eisenbahnprojektes, da sie bis jetzt, auf künftige Größe der beiden Schwesterstädte hoffend, es als ausgemacht betrachteten, daß die Städte durch die Linie berührt werden würden. In Schwiebus sind bereits die betreffenden Conducteure eingetroffen, um die betreffenden Vorarbeiten zu beginnen. Da ich gerade von Schwiebus rede, muß ich Ihnen erzählen von einer neuen wunderbaren Einrichtung, welche die Postbehörde dort getroffen hat. Zwischen Schwiebus und Frankfurt sind nämlich wegen des großen Personenverkehrs, welcher zwischen beiden Orten herrscht, jetzt sechssitzige, in zwei Coupe's getheilte Postwagen eingerichtet; das erste Coupe ist nun derartig unpraktisch angebracht, daß es sich unmittelbar über den Vorderrädern des Wagens befindet, ein Aussteigen für Damen ist sonach eine Unmöglichkeit. Was that aber nun die Postbehörde, um diesem Uebelstande abzuhelfen — sie ließ auf allen Stationen zwischen Frankfurt und Schwiebus ein Gerüst bauen, bestehend aus einer Leiter von acht Stufen und mit Hilfe dieser Leiter müssen die Damen den Versuch machen, über die Vorderräder fort aus dem königlichen Postwagen heraus- und in denselben hineinzuklettern. Die Postverwaltung begnügte sich indessen mit dieser Vorsicht nicht, ahnend sagte ihr ein dunkles Gefühl, daß wenn einer Dame das Wagestück wirklich gelungen, in das Vordercoupe zu gelangen, sie dort, wenn nicht mit zerschmetterten Gliedern, so doch mit zerrütteter Toilette ankommen mußte. Sorglich brachte deshalb die sorgende Behörde in dem Vordercoupe einen großen Spiegel für die Damen an, um sofort nach dem Einsteigen die Wirkungen des gefahrvollen Kletterns beurtheilen zu können. Der Mittelplatz hat hierdurch ferner den Vorzug, daß man sein liebes „Ich" auf dem ganzen Wege zwischen Frankfurt und Schwiebus sich vorgespiegelt sieht. Was die Reise natürlich in der ohnehin so romantischen Gegend, namentlich bei Sonnenbeleuchtrng noch viel romantischer macht. (Ostd. Z.)

☐ **Breslau,** 31. März. [Im Handwerker-Verein] hielt gestern Herr Theod. Oelsner Vortrag über das Leben Jos. Garibaldi's. Der gewünschte Vortrag über das Steuerwesen wird im künftigen Vierteljahr stattfinden. Hierauf erledigte Herr Dr. Eger wieder eine Anzahl medizinischer Fragen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 31. März 10 U. Ab.	334,40	+0,6	N. 2.	Heiter.
1. April 6 U. Morg.	335,19	—3,0	NW. 1.	Heiter.

Breslau, 1. April. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 9 Z. U.-P. 3 F. 7 Z.

Breslau, 31. März. [Wollbericht.] Zu ebenso reducirten Preisen wie im Februar, wurde das Wollgeschäft in diesem Monat, wenn auch bei größeren Umsätzen, fortgesetzt. Die Verkäufe betrugen circa 5300 Centner, bestehend aus polnischen, preußischen, posenschen, schlesischen Wollen und russischen Rücken- und Fabrikwäschen. Käufer waren Kammgarnspinner aus Thüringen und Sachsen, auch die hiesige Kammgarnspinnerei, sowie Tuchfabrikanten und Wollhändler aus den nächstgelegenen Fabrikdistrikten. Von russischen Rücken- und Fabrik-Wäschen, so wie von polnischen, preußischen und posener Wollen ist das hiesige Lager immer noch reichhaltig und bleiben Inhaber zum Verkauf äußerst willig.

Die Handelskammer. Commission für Wollberichte.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 31. März. Nachm. 3 Uhr. Die Spekulanten waren unentschlossen. Die 3proz. eröffnete zu 69, hob sich auf 69, 40 und schloß in fester Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92½ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 45. 4½proz. Rente 96, —. Italienische 5proz. Rente 71, 50. 3prz. Spanier 50. 1prz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 506, 25. Credit-mobilier-Aktien 1332, 50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 596, 25. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 31. März, Nachm. 3 Uhr. Silber 61⅛. Wetter schön. Consols 92⅛. 1proz. Spanier 46¼. Mexikaner 32⅝. Sardinier 83½. 5proz. Russen 94. Neue Russen 94½. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 7¼ Sch., Wien 11 Fl. 45 Kr.

Der fällige Dampfer aus Westindien ist eingetroffen.

Wien, 31. März, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Börse fest. 5proz. Metall. 75, 75. 4½proz. Metall. 67, —. 1854er Loose 93, —. Bank-Aktien 796. Nordbahn 182, 80. National-Anleihe 81, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 224, 50 Creditaktien —, —. London 112, 10. Hamburg 84, 20 Paris 44, 25. Gold —, —. Silber , —. Böhmische Westbahn 163, 50. Lombardische Eisenbahn 266, —. Neue Loose 136, —. 1860er Loose 94, 70.

Frankfurt a. M., 31. März, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Effekten bei ziemlich belebtem Umsatz behauptet. — Die Ultimo-Regulirung geht leicht von statten. — Böhmische Westbahn 73⅛. Finnländische Anleihe 91⅞. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 143. Wiener Wechsel 104½. Darmstädter Bankaktien 236 Darmst. Zettelbank 256. 5proz. Metalliq. 66. 4½proz. Metalliq 58⅝. 1854er Loose 80¾. Oesterr. National-Anleihe 71. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 236. Oesterr. Bank-Antheile 833. Oesterr. Credit-Aktien 221½. Neueste österr. Anleihe 84⅞. Oesterreich. Elisabet-Bahn 133¾. Rhein-Nahe-Bahn 33⅜. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 130⅞.

Hamburg, 31. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fest bei mäßigem Geschäft. — Finnländische Anleihe 90¼. — Schluß-Course: National-Anleihe 71⅞. Oest. Credit-Aktien 90⅜ ex Div. Vereinsbank 103½. Nordd. Bank 106⅞. Rheinische 100¾. Nordbahn 65½ Disconto 2¾. Wien 85, 87. Petersburg 31⅜.

Hamburg, 31. März [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärts unverändert. Roggen loco wenig Geschäft, ab Danzig pr. April-Mai 70 Thlr. verkauft. Oel pr. Mai 32⅛—¼, pr. Okt. 29⅞. Kaffee ohne belangreiche Umsätze.

Liverpool, 31. März. [Baumwolle.] 5,000 Ballen Umsatz. — Preise fest.

Berlin, 31. März. Obgleich die Börse überwiegend der Meinung ist, daß die in Paris in Scene gesetzte Baisse nicht aus realen Verhältnissen, sondern aus Manövern der Reactionspartei entspringt, so konnte doch der Coursrückgang in Paris nicht ganz ohne Wirkung bleiben. Bei der vorherrschenden Hausse-Disposition der Börse war diese Wirkung allerdings nur schwach. Dennoch trug die Zurückhaltung der Käufer, welche jedenfalls den Ausgang der Liquidationen anzuwarten entschlossen schienen, dazu bei, auf die Course fast aller Effekten zu drücken. Die Coursnachlässe sind jedoch nicht bedeutend, selten über ½%. Das Geschäft, das neben der Regulirung stattfand war, wie sich schon aus dem Dargestellten ergiebt, durchaus beschränkt, und die Regulirung selbst ging weniger glatt vor sich als gestern. Mit großer Lebhaftigkeit wurden in hervortretender Weise nur gehandelt Genfer Credit- und Mecklenburger Eisenbahnactien. Der Geldmarkt blieb in der gestern bezeichneten Position, Disconten 3% Brief, Report etwas gespannter. Uebrigens war die Physiognomie der Börse am Schlusse wesentlich günstiger, und besonders für österreichische Effecten ein bis dahin ganz vermißter speculativer Begehr zurückgekehrt. (B. u H.-Z.)

Berliner Börse vom 31. März 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.		4½	101¾ bz
Staats-Anl. von 1859		5	106¾ bz.
dito 1850, 52		4	98⅞ bz.
dito 1854		4½	101¾ bz.
dito 1855		4½	101¾ bz.
dito 1856		4½	101¾ bz.
dito 1857		4½	101¾ bz.
dito 1859		4½	101¾ bz.
dito 1853		4	99¼ B.
Staats-Schuldscheine		3½	89¾ bz
Präm.-Anl. v. 1855		3½	129⅞ bz
Berliner Stadt-Obl.		4½	103 B
Pfandbriefe.	Kur- u. Neumärk.	3½	91⅜ bz.
	Pommersche	3½	91 bz.
	Posensche	4	103½ bz.
	dito	3½	97¾ B.
	dito neue	4	97⅛ bz.
	Schlesische	3½	95 bz.
Rentenbriefe.	Kur- u. Neumärk.	4	99¾ bz.
	Pommersche	4	99¾ bz.
	Posensche	4	97⅞ bz.
	Preussische	4	100¼ G
	Westph. u. Rhein.	4	99⅝ bz.
	Sächsische	4	100 G
	Schlesische	4	100¼ G.

Louisd'or 109⅞ G.	Oest. Bankn. 90⅛ bz.
Goldkronen 9.6⅝ G.	Poln. Bankn. —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	68 B
dito Nat.-Anl.	5	72⅞ u. ¾ bz.
dito Lott.-A. v. 60.	5	84⅞ a ⅝ bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	82½ G
dito Eisenb.-L.	—	81½ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862.	5	93¼ bz
dito 4½% Anl.	4½	91½ B.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	83⅜ bz
Poln. Pfdbr.	4	— —
dito III. Em.	4	90⅛ bz u. G
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91⅜ etw bz. u B
dito à 300 Fl.	5	93 G
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57½ B.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	31⅛ etw. bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	100½ bz.
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	83¾ bz.
Cöln-Minden	4½	—
dito II.	5	104 B.
dito	4	97 bz
dito III.	4	95 bz
dito	4½	101¼ bz.
dito IV.	4	94 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	93 B.
dito III.	4½	97½ B
Niederschl.-Märk.	4	98½ B.
dito conv.	4	98½ B.
dito III.	4	97¾ B.
dito IV.	4½	101¼ G.
Niederschl. Zweigb.		— — —
Litt. C.	5	101 G.
Oberschles. A.	4	99 B.
dito B.	3½	87½ G.
dito C. u. D.	4	97½ B.
dito E.	3½	85½ B.
dito F.	4½	101½ bz.
Oest.-Franz.	3	281 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	264½ bz. u. B.
Rhein. v. St. gar.	4½	101¼ B.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	101 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	90 etw. bz. u
Aachen-Mastrich	0	0	4	36⅝ bz
Amsterd.-Rottd.	5 1/10	6	4	99 bz.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	109½ bz.
Berlin-Anhalt	8¼	—	4	148 bz.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	123 bz.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	195½ bz.
Berlin-Stettin	7 1/10	—	4	139 bz.
Böhm. Westb.	—	—	5	73 bz.
Breslau-Freib.	6⅔	8	4	136¾ bz.
Cöln-Minden	12¼	—	3½	180 etw. bz.
Cosel-Oderberg	0	½	4	66⅝ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	95 B.
dito dito	—	—	5	97¾ G.
Ludwigsh.-Bexb.	8	9	4	143½ G.
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	290 G.
Magdb-Leipzig	17	—	4	247 G.
Mgdb.-Wittenbg.	1⅛	—	4	64¾ bz.
Mainz-Ludwigsh	7	—	4	127 à 127½ bz.
Mecklenburger	2⅞	2¼	4	70 à 70¾ bz.
Neisse-Brieger	3⅓	4⅔	4	93½ bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	98⅛ bz.
Niedrschl. Zwgb.	1⅛	—	4	68 bz.
Nord., Fr.-Wilh.	3	—	4	65¾, ⅝ u. ¾ bz.
Oberschles. A.	7 1/10	10 11/15	3½	167⅝ u ¾ bz.
dito B.	7 1/10	10 11/15	3½	147½ à 148 bz.
dito C.	7 1/10	10 11/15	3½	167⅝ u ¾ bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 7/10	—	5	135½ bz. u. B.
Oest. südl. St.-B.	8⅝	—	5	157¾ bz.
Oppeln-Tarn.	⅚	—	4	62½ bz.
Rheinische	5	—	4	102 bz
dito Stamm-Pr.	5	—	4	105½ bz.
Rhein-Nahebahn	0	—	4	32¾ bz.
Rhr.Crf.K.Gldb.	3 11/15	⅛	3½	95¾ B.
Stargard-Posen	4	5⅔	3½	109½ bz.
Thüringer	6⅔	7⅔	4	130½ bz.

Bank- und Industerie-Papier.

Preuss. Bank-A.	4 7/10	6 1/40	4½	129 etw
Berl. Kassen-Ver.	5 11/30	5 11/30	4	118 G.
Danziger Bank	6	6	4	104 B.
Königsberger „	5⅝	5½	4	101 B.
Posener „	5 11/30	5 11/30	4	97¾ G.
Magdeburger „	4 3/10	4 3/10	4	93 G.
Braunschweiger	4	4	4	80 bz. u. G.
Weimar „	4	5	4	91 etw. bz.
Gothaer „	4½	5½	4	92 a.
Geraer „	5¾	7⅛	4	98¼ G.
Thüringer „	2⅝	3	4	66¼ G.
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	106 G
„ Vereins-B.	5 3/16	6 1/24	4	102½ G.
Hannoversche „	4½	5	4	99⅞ bz.
Bremer „	5⅕	5	4	106 etw. bz. u. G.
Luxemburger „	10	10	4	103½ B.
Darmst. Zettelb.	8⅝	9	4	103½ G.
Darmst. Credb. A.	5	6½	4	94½ bz
Leipz. Credb. A.	3	—	4	87⅜ bz.
Meininger „	6	—	4	97¾ etw. bz.
Coburger „	3	8	4	96 B.
Dessauer „	0	0	4	7½ bz.
Oesterreich. „	7¾	—	5	94⅜ a ¾ bz
Genfer „	2	—	4	57½ a 58¼ bz.
Moldauer Lds.-B.	1 7/10	—	4	34¾ bz. u. G.
Disc.-Com.-Ant.	6	—	4	101⅞ bz. u. G.
Berl. Hand.-Ges.	5	—	4	110½ G.
Schl. Bank.-Ver.	6	6	4	102 B.
Minerva	0	—	5	36¼ B.
Fbr. v. Eisenbbdf.	5¼	—	5	108¼ bz u B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143½ bz.	Augsburg	2 M.	56. 24 G.
dito	2 M.	142¾ bz.	Leipzig	8 T.	99⅝ G.
Hamburg	8 T.	152 bz.	dito	2 M.	99 5/12 bz.
dito	2 M.	151¼ bz.	Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 G.
London	3 M.	6. 21 bz.	Petersburg	3 W.	101¼ bz. 3M. 100⅝ b.
Paris	2 M.	80 bz.	Warschau	8 T.	91 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	89¾ bz.	Bremen	8 T.	109⅞ G.
dito	2 M.	89 bz.			

Berlin, 31. März. Weizen loco 58—68 Thlr. nach Qualität, feiner bunter poln. 65½ Thlr. ab Kahn bez. — Roggen loco 81—83pfd. 43⅞—44 Thlr. ab Kahn bez., galiz. 42 Thlr. ab Bahn bez., schwimm. im Kanal 1 Ladung 82pfd. 44 Thlr. bez., März 44—43¾ Thlr. bez., Frühjahr 43⅝—⅞ Thlr. bez. und Br., ¾ Thlr. Gld., Mai-Juni 44—⅛ Thlr. bez., Juni-Juli 44¾ Thlr. bez., Juli-Aug. 44¾ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 31—38 Thlr. pr. 1750 Pfd., kleine pomm. 33 Thlr. ab Bahn. — Hafer loco 21—23 Thlr., Lieferung pr. März und März-April ohne Handel, Frühjahr 21⅜—½—⅜ Thlr. bez., Mai-Juni 22⅞ Thlr. bez., Juni-Juli 22⅝ Thlr. bez. — Erbsen, Kochwaare 44—48 Thlr., Futterwaare 40—42 Thlr. — Sommerrübsen 108 Thlr. pr. 1800 Pfd. ab Kahn bez. — Rüböl loco 15⅔ Thlr. Br., März 15 7/12 Thlr. bez., März-April 15 5/12 Thlr. bez., April-Mai 15⅓—⅜—⅓ Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 15⅛ Thlr. Br., Juni-Juli 14⅔ Thlr. Br., 7/12 Thlr. Gld., Sept.-Oktbr. 13 19/24—⅚ Thlr. bez. — Leinöl loco 15⅙ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 14⅙—¼ Thlr. bez., März und März-April 14¼ Thlr.

✱ **Breslau,** 1. April. Wind: West. Wetter: angenehm. Thermometer Früh 2½° Kälte. Der Geschäftsverkehr zeigte am heutigen Markte keine wesentliche Aenderung, Angebote und Nachfrage erhalten sich in engen Grenzen.

Weizen wenig beachtet; pr. 85pfd. weißer 65—77 Sgr., gelber 66—72 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen preishaltend; pr. 84pfd. 46—51 Sgr. — Gerste behauptet; pr. 70pfd. weiße 39—40 Sgr., gelbe 34—37 Sgr. — Hafer ruhig; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Oelsaaten wenig angeboten. — Schlaglein schwach gefragt. — Rapskuchen vernachlässigt; 48—51 Sgr. pr. Ctr. — Lupinen 40—45 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	64—72—77	Wicken	35—40—42
Gelber Weizen	62—66—73		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	46—49—51	Schlag-Leinsaat	190—200—210
Gerste	34—37—41	Winter-Raps	250—270—285
Hafer	24—26—28	Winter-Rübsen	— — — —
Erbsen	43—48—52	Sommer-Rübsen	220—240—260

Kleesaat beider Farben in fester Haltung, — rothe ordinäre 8½ bis 10½ Thlr., mittle 11¼—12½ Thlr., feine 13½—14½ Thlr., hochfeine und extrafeine 15—15¾ Thlr., — weiße ordinäre 8—9½ Thlr., mittle 10—13 Thlr., feine 14—16¾ Thlr., hochfeine 17½—18½ Thlr. — Schwedischer Klee 18—26 Thlr. pro Centner.

Thymothee 5—7 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 15—18 Sgr.

Telegraphische Depesche.

Paris, 1. April. Der „Moniteur" meldet: Minister Magne ist zum Mitglied des geheimen Raths ernannt. Ein Schreiben des Kaisers an Magne sagt, ein Zwischenfall, für den Magne nicht die Verantwortlichkeit trägt, läßt die Divergenz zwischen Fould und Magne über Finanzfragen noch mehr hervortreten. Der Kaiser nehme daher die Demission Magne's an, indem er ihm ein glänzendes Zeichen seines Vertrauens gebe.

[Angekommen 11 Uhr 15 Min.] (Wolff's T. B.)

Athen, 30. März. Der Prinz von Holstein ist unter dem Namen „Georg der Erste" heut einstimmig von der National-Versammlung zum Könige gewählt worden.

(Wolff's T. B.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.